

Befehlsblatt

Ausgabe B

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 38

Berlin, den 5. September 1942

3. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Ludwig von Fabris, SS-Oberscharführer, SD-Leitabschnitt München, im April 1942

Harry Kretschmar, Staffelführer, Kriminalobersekretär, Kriminalpolizeileitstelle Dresden, im Mai 1942

Karl Madatsch, SS-Rottenführer beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Wien, im Mai 1942

Wolfgang Schulz, SS-Scharführer beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Dresden, im Mai 1942

Ernst Schlegel, SS-Unterscharführer, SD-Abschnitt Leipzig, im Mai 1942

Karl Malzer, SS-Bewerber, Ergänzungskraft, SD-Abschnitt Klagenfurt, im Mai 1942

Dr. Heinz Müller-Hoppenworth, SS-Sturmabführer, SD-Abschnitt Hohen- salza, im Mai 1942

Gilg-Heinrich Gelzer, SS-Scharführer, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, Reichs- sicherheitshauptamt, im Mai 1942

Ferdinand Schinkinger, Kriminalassistentenanwärter, Kriminalpolizeileitstelle Frankfurt/Main, im Mai 1942

Herbert von Kamen, SS-Oberscharführer, SD-Hauptaußenstelle Schwerin, im Juni 1942

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Karl Blaschek, SS-Reservist, Staatspolizei- stelle Klagenfurt, im Mai 1942

Eugen Huck, SS-Obersturmführer, Kriminalkommissar, Staatspolizeileitstelle München, im Mai 1942

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

In Vertretung

Streckenbach

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 10. 8. 42 Einbehaltung von Haftkosten aus eigenen Geldern der Polizeigefangenen. S. 246. — RdErl. 19. 8. 42 Großverhältnis zwischen Angehörigen der Gesamt- $\#$ u. Polizei u. den Angehörigen d. Niederländischen $\#$. S. 246. — RdErl. 20. 8. 42 Unterrichtung des Reichsamtes „Technische Nothilfe“ über die Einleitung strafrechtl. Ermittlungen gegen Angehörige der TN. S. 246. — RdErl. 22. 8. 42 Sicherheitspolizeiliche Maßnahmen gegen Beamte, Notare, Rechtsanwälte,

Konkurs-, Nachlaß-, Zwangsverwalter, Pfleger u. Vormünder. S. 247. — RdErl. 24. 8. 42 Anerkennungen. S. 247. — RdErl. 27. 8. 42 Mitteilungen z. weltanschaulichen Lage. S. 247.

Verschiedenes. Berichtigung des Verzeichnisses der an das Fernschreibnetz angeschlossenen Dienststellen. S. 248. — Verlust von Dienstausweisen. S. 248.

Personalmitteilungen. S. 248.

Sicherheitspolizei und SD

Einbehaltung von Haftkosten aus eigenen Geldern der Polizeigefangenen.

RdErl. des RF $\#$ uChdDtPol. i. RMdI. vom 10. 8. 1942
— S II C 3 Nr. 5273/42-274-1

(Veröffentl. MBliV. S. 1675)

Da vielfach Pol.-Gefangene in Justizvollzugsanstalten untergebracht werden müssen, hat der RJM. auf meine Veranlassung durch nachstehende AV. angeordnet, daß auch bei diesen Häftlingen entsprechend den Vorschriften der Pol.-Gefängnisordnung (PDV. 34) Haftkosten einzubehalten sind, die von der Justizverwaltung vereinnahmt werden, ohne daß eine Rückerstattung an die Pol.-Behörden erfolgt. Die Justizvollzugsanstalten sind bei der Unterbringung zahlungspflichtiger Gefangener jeweils um die Einziehung der Haftkosten gemäß § 45 der Pol.-Gefängnisordnung (PDV. 34) zu ersuchen. Soweit es sich um Transportgefangene, Vorbeugungshäftlinge und Schutzhaftgefangene handelt, kommt eine Einbehaltung von Haftkosten nicht in Betracht.

Zusatz für die Staatspol.-Stelle Regensburg: Auf den Bericht v. 14. 5. 1942 — Nr. 69/42 I B.

An alle Pol.-Behörden. — Befehlsblatt S. 246.

Anlage:

Der Reichsminister der Justiz
4515-VIII s¹ 1420

Berlin, den 13. 7. 1942.

Einbehaltung der Haftkosten aus den eigenen Geldern der Polizeigefangenen.

(1) Nach § 45 Abs. 1 der Pol.-Gefängnisordnung sind die den Pol.-Gefangenen gehörigen eigenen Gelder zur Deckung der von ihnen zu erstattenden Haftkosten zu verwenden, soweit sie bei Überführung des Gefangenen in ein anderes Gefängnis mehr als 3 RM, bei freier Entlassung mehr als 20 RM betragen. Die in § 45 Abs. 2 aaO. bestimmten Haftkostensätze entsprechen denjenigen für Justizgefangene (vgl. AV. v. 15. 4. 1936, DtJust. S. 635, HRZ. Vollz. Nr. 130). Auf Ersuchen des RF $\#$ uChdDtPol. im RMdI. bestimme ich hiermit, daß die Justizvollzugsanstalten beim Vollzug von Pol.-Haft auf Ersuchen staatl. Pol.-Stellen die eigenen Gelder der Pol.-Gefangenen zur Deckung der entstandenen Haftkosten nach den Bestimmungen in § 45 Abs. 1 der Pol.-Gefängnisordnung einbehalten.

(2) Über den im Einzelfall einzubehaltenden Betrag der Haftkosten erteilt der Anstaltsleiter eine Annahmeanordnung; die Haftkosten werden bei den Haushaltsmitteln Einzelplan IX Kap. 4 Tit. 5 (Erstattung von Verwaltungs- und Prozeßkosten) gebucht, also nicht an die Pol.-Verwaltung abgeführt. Die

Quittung der örtlichen Amtskasse, Anstaltszahlstelle oder Gerichtszahlstelle, an die der einbehaltene Betrag abgeführt wird, dient als Nachweis des Verbleibs der eigenen Gelder. Dem Gefangenen ist über die einbehaltenen Beträge entsprechend der Bestimmung in § 45 Abs. 5 der Pol.-Gefängnisordnung eine schriftliche Abrechnung zu erteilen.

Großverhältnis zwischen Angehörigen der Gesamt- $\#$ und Polizei und den Angehörigen der Niederländischen $\#$.

RdErl. des RSHA vom 19. 8. 1942

— I A 1 a Nr. 569/42-351-19 —

Der nachstehend abgedruckte Befehl des Reichsführers- $\#$ wird hiermit zur Kenntnis und Beachtung bekanntgegeben:

„Der Reichsführer- $\#$
Tgb. Nr. AR 44/6/42

Führer-Hauptquartier, 27. 6. 1942.

(1) Durch die Vereidigung der Niederländischen $\#$ auf den Führer ist die Niederländische $\#$ in die Gesamtgermanische $\#$ aufgenommen worden.

(2) Ich ordne an, daß zwischen den Angehörigen der Gesamt- $\#$ und Polizei (Waffen- $\#$, Allgemeine- $\#$, Ordnungs- und Sicherheitspolizei) und den Angehörigen der Niederländischen $\#$ ein dienstliches Großverhältnis in der Form Platz greift, daß der Rangniedere den Ranghöheren, bei gleichem Rang der Jüngere den Älteren zuerst zu grüßen hat, und daß gegenseitige Grußpflicht besteht.

gez. H. Himmler.“

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 246.

Unterrichtung des Reichsamtes „Technische Nothilfe“ über die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen gegen Angehörige der TN.

RdErl. des RF $\#$ uChdDtPol. im RMdI. vom 20. 8. 1942
— S II A 1 Nr. 227 II/42-151 —

(veröffentl. MBliV. S. 1701)

1. Bei verantwortlichen Vernehmungen von Beschuldigten in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren ist künftig stets nach der Zugehörigkeit zur Technischen Nothilfe zu fragen.

2. Sofern sich Ermittlungsverfahren, die zur Feststellung eines Verbrechens oder Vergehens führen, gegen TN-Führer, d. h. vom Kameradschaftsführer an aufwärts, richten, ist das Reichsamt „Technische Nothilfe“ unter kurzer Mitteilung des Sachverhalts ohne namentliche Nennung von Anzeigerstattern und Zeugen zu unterrichten.

3. Die Benachrichtigung erfolgt mit der Abgabe an die Strafverfolgungsbehörde, bei Festnahme möglichst schon zu diesem Zeitpunkt.

4. Bei Geheimsachen ist die Mitteilung nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung der Geheimhaltungsvorschriften und des Geheimhaltungszwecks zu machen.

5. In Hoch- und Landesverratsachen ist von der kurzen Darstellung des Sachverhaltes abzusehen. Es ist lediglich das Datum der Festnahme anzugeben. Besteht die Gefahr, daß in solchen Fällen die Ermittlungen durch die Mitteilung beeinträchtigt werden, so kann die Mitteilung unterbleiben.

An alle Polizeibehörden. — Befehlsblatt S. 246.

Sicherheitspolizeiliche Maßnahmen gegen Beamte, Notare-, Rechtsanwälte-, Konkurs-, Nachlaß-, Zwangsverwalter, Pfleger und Vormünder.

RdErl. des RSHA. vom 22. 8. 1942

— II A 2 Nr. 184 II/42-176 —

I. Maßnahmen gegen Beamte und Behördenangestellte.

(1) Vor der Festnahme eines Beamten oder Behördenangestellten sowie vor einer in Amtsräumen vorzunehmenden Beschlagnahme oder Durchsuchung ist der zuständige Behördenleiter oder die Aufsichtsbehörde von der beabsichtigten Maßnahme in Kenntnis zu setzen. Bei Gefahr im Verzug oder wenn die vorherige Unterrichtung aus anderen zwingenden Gründen untunlich ist, muß sie unverzüglich nachher erfolgen. Soweit Ermittlungen nicht gefährdet werden, sind hierbei auch die Gründe für die Maßnahme anzugeben.

(2) Bei Verhängung von Schutzhaft ist außerdem der Behördenleiter oder die Aufsichtsbehörde unverzüglich unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen (vgl. § 5 Abs. 4 des RdErl. des RmDl. vom 25. 1. 1938 — S V 1 Nr. 70/37-179 — Schutzhafterlaß).

II. Maßnahmen gegen Notare, Rechtsanwälte, Nachlaß-, Konkurs-, Zwangsverwalter, Pfleger und Vormünder.

(1) Von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ist der zuständige Landgerichts- oder Oberlandesgerichtspräsident, bei Rechtsanwälten auch der Präsident der Rechtsanwaltskammer, zu unterrichten, sobald es der Untersuchungszweck gestattet.

(2) Vor der Festnahme eines Notars, Rechtsanwalts, Nachlaß-, Konkurs- oder Zwangsverwalters ist, sofern nicht Gefahr im Verzuge ist, die Zustimmung des RSHA. (bei politischem Tatbestand: Amt IV, bei kriminellem Tatbestand: Amt V) einzuholen. Von der erfolgten Festnahme ist der zuständige Landgerichts- oder Oberlandesgerichtspräsident, bei Rechtsanwälten auch der Präsident der Rechtsanwaltskammer, unverzüglich unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

(3) Bei der Festnahme eines Pflegers oder Vormundes genügt die unverzügliche Unterrichtung des zuständigen Landgerichts- oder Oberlandesgerichtspräsidenten.

(4) Im Hinblick auf die dem Reichsjustizminister durch den § 4 der VO. zur weiteren Ergänzung der Reichsrechtsanwaltsordnung vom 24. 6. 1941 (RGBl. I S. 333) gegebene Möglichkeit, einem Rechtsanwalt die Berufsausübung zu untersagen, ist von der Festnahme eines Rechtsanwalts dann abzusehen, wenn sie lediglich zu dem Zweck erfolgen soll, ihn an einer weiteren Berufsausübung zu hindern. In diesem Fall ist

dem RSHA. — Amt IV bzw. Amt V — beschleunigt zu berichten, damit von hier aus die sofortige Untersagung der Berufsausübung durch den Reichsjustizminister erwirkt werden kann. Bei Gefahr im Verzuge kann sofortige Festnahme erfolgen.

(5) Bei sonstigen sicherheitspolizeilichen Maßnahmen gegen Notare ist zu beachten, daß Notare Träger eines öffentlichen Amtes sind und zu Führer und Reich in einem öffentlich-rechtlichen Treueverhältnis stehen.

(6) Soweit einem sicherheitspolizeilichen Verlangen von einem Notar Schwierigkeiten entgegen gesetzt werden, haben sich die Leiter der Staatspolizei- bzw. Kriminalpolizei(lei)stellen an den zuständigen Landgerichtspräsidenten oder Oberlandesgerichtspräsidenten, dem das Recht der Dienstaufsicht über den Notar zusteht, zwecks Behebung der Schwierigkeiten zu wenden. Gegebenenfalls ist dem RSHA. — IV bzw. V — zwecks unmittelbarer Fühlungnahme mit dem Reichsjustizminister zu berichten. Bei Gefahr im Verzuge ist die Aufsichtsbehörde unverzüglich von den getroffenen Maßnahmen zu unterrichten.

(7) Die hierzu früher ergangenen verschiedenen Anordnungen treten außer Kraft. Unberührt bleiben die Vorschriften über das Vorgehen gegen Angehörige der Wehrmacht, der Waffen-~~W~~, des Reichsarbeitsdienstes und der Partei.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 247.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 24. 8. 1942

— I A 1 b Nr. 227/42 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-~~W~~ u. Chef der Deutschen Polizei im RmDl. dem

Kriminaloberassistenten Richard Pelz, Reichssicherheitshauptamt — V —,

durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für besondere fachliche Leistungen ausgesprochen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 247.

Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage.

RdErl. des RSHA. vom 27. 8. 1942

— VII A 1 Nr. 921/42 —

(1) Auf Grund des Erlasses vom 20. 6. 1942 — I B 1 — haben sich verschiedene Staatspolizei- u. Kriminalpolizei(lei)stellen an das Amt VII gewandt mit der Bitte, ihnen die „Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage“ zur Verfügung zu stellen.

(2) Zur Richtigstellung wird deswegen nochmals darauf hingewiesen, daß der Erlaß vom 20. 6. 1942 — I B 1 — im wesentlichen darauf abzielte, daß die „Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage“ den Schulungsreferenten bei den Inspektoren und Befehlshabern der Sich.Pol. u. des SD über das Amt VII zur Verfügung gestellt werden. Dem RSHA. steht nur eine beschränkte Anzahl von Exemplaren zur Verfügung, so daß vorläufig eine Belieferung von anderen Dienststellen nicht erfolgen kann. Es laufen Verhandlungen mit der Dienststelle des Reichsleiters Rosenberg, die diese Mitteilungen herausgibt, um das Kontingent zu erhöhen. Im Erfolgsfalle wird den Staatspolizei- und Kriminalpolizei(lei)stellen unaufgefordert je ein Exemplar übersandt werden.

An alle Staatspolizei- u. Krim.Pol.(Lei)stellen.

— Befehlsblatt S. 247.

v. 5.9.42

Verschiedenes

Berichtigung des Verzeichnisses der an das Fernschreibnetz angeschlossenen Dienststellen.

- Unter A Streichen: Agram, EK., Wien;
Athen, EK., Belgrad.
Neu: Angers, SD-Dienststelle, Paris.
- Unter C Neu: Chalons s. M., SD-Dienststelle, Paris;
bei Chalons s. S. streichen: Frankfurt/M.,
dafür setzen: Paris.
- Unter D Neu: Dorpat, Dienststelle dSPudSD, Danzig;
Dortmund, SD-Abschnitt, Dortmund.
- Unter E Streichen: Elten-Babberich, Außenstelle, Den Haag.
- Unter F Neu: Fürstenfeld, Greko, Graz.
- Unter H Neu: Heidelberg, Außendienststelle, Stuttgart.
- Unter I Bei Inspekteur Braunschweig streichen: Vst. Braunschweig, dafür setzen: Vst. Hannover;
bei Inspekteur Salzburg streichen: Wien, dafür setzen: München;
bei Inspekteur Salzburg streichen: „FS nimmt St. Salzburg an“.
- Unter J Neu: Jaslo, Greko, Krakau.
- Unter K Neu: Kiew, BdS. Rowno;
Konitz, Adst., Danzig;
bei Krakau hinzusetzen: Quervbd. Posen.
- Unter L Bei Lublin hinzusetzen: Nvst.;
bei Lublin KGL. streichen: Krakau, dafür setzen: Lublin;
bei Lemberg hinzusetzen: Nvst. u. Quervbd. Rowno;
bei Luxemburg streichen: Trier, dafür setzen: Koblenz.

- Unter M Neu: Marienbad, Adst., Karlsbad.
- Unter N Neu: Nancy, SD-Dienststelle, Paris;
Neutitschein, Adst., Troppau;
streichen: Nauheim, Bad, Sonderkommando, Frankfurt/M.
- Unter O Neu: Orleans, SD-Dienststelle, Paris.
- Unter P Neu: Portiers, SD-Dienststelle, Paris;
bei Posen hinzusetzen: Quervbd. Krakau.
- Unter R Neu: Rennes, SD-Dienststelle, Paris.
- Unter S Neu: Schieratz, Adst., Posen;
St. Quentin, SD-Dienststelle, Paris;
SD-Abschnitt, Dortmund, Dortmund.
- Unter T Streichen: Travemünde, Greko, Kiel;
Tarnowitz, Adst., Kattowitz;
bei Trier streichen: Nvst.
- Unter W Neu: Weil/Rhein, Grepo, Stuttgart;
Westerbork, Lager, Den Haag;
Winniza, Außenst., über Rowno.

(II D 2 Nr. 2916/40) — Befehlsblatt 1942 S. 248.

Verlust von Dienstaussweisen.

Der am 1. 1. 1942 für #-Sturmabführer Joachim Nehring, #-Nr. 107 403, erstellte rote Dienstaussweis Nr. 12 093/42 und der am 1. 1. 1942 für #-Oberstführer Heinz Krämer, #-Nr. 187 869, erstellte rote Dienstaussweis Nr. 14 073/42 sind verlorengegangen. Die Ausweise werden für ungültig erklärt. Bei Auffindung wird um umgehende Einsendung an das Ref. I A 5 des RSHA. gebeten.

(I A 5 d Az. 1 905 u. 27 718) — Befehlsblatt 1942 S. 248.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Bestellt zum Inspekteur der Schulen der Sich.Pol. u. des SD: #-Oberführer Oberst d. Pol. Schulz (RSHA-I). #-Gruppenführer Generalltn. d. Pol. Streckenbach ist gleichzeitig von den Dienstgeschäften des Insp. der Schulen der SPudSD. entbunden worden.

Abgeordnet: #-Sturmabführer Reg.Rat Dr. Schweder zum Befh. Krakau.

Kommandeure der Sicherheitspolizei u. des SD.

Ernannt zum Pol.Insp.: apl. Pol.Insp. Weitze (Kdr. Warschau).

Staatspolizei(leit)stellen.

Versetzt: die Krim.Räte Dr. Schmitz (Saarbrücken) n. Düsseldorf u. Maurer (Düsseldorf) n. Stettin; die Krim.Komm.: Anders (Stettin) n. Saarbrücken, Wießner (Kiel) n. Dortmund, Ehrig (Karlsbad) n. Kiel, Bach (Dortmund) n. Köln,

Strübing (Stapol. Berlin) z. Gestapa u. Boven-siepen (Dortmund) n. Düsseldorf.

Abgeordnet: Techn. Insp. Nekola (Wien) z. RSHA.

Eingestellt in den Probedienst der Sich.Pol. unter Berufung in das Beamtenverhältnis: #-Hauptsturmführer Assessor Julius Wilbertz, Stapost. Koblenz, unter gleichz. Abordnung zur SD-HA. Koblenz.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum apl. Pol.Insp.: Pol.Insp.Anw. Mainka (Troppau);
zum Krim.Sekr.: die Krim.-Ob.Ass. Anton Baumgartner (KPLSt. Wien), Erwin Dornbusch (KPLSt. Berlin), Wilhelm Hahne (KPSt. Wesermünde), Erich Hertrampf (RSHA.), Johann Meinhardt (KPSt. Nürnberg-Fürth), Wilhelm Titze (KPLSt. Breslau), Adolf Prem (KPLSt. Wien) u. Josef Wagner (KPLSt. Wien).

— Befehlsblatt 1942 S. 248.

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 39

Berlin, den 7. September 1942

3. Jahrgang

— Diese Nummer erscheint nur als Ausgabe A —

Aufruf

an sämtliche Angehörige der Sicherheitspolizei und des SD

zur Mithilfe bei der Beschaffung von Berichten und Bildmaterial für Propagandazwecke und für die Geschichte von Sicherheitspolizei und SD.

(1) Schon vor der Machtübernahme hat der SD zu seinem Teil zum Gelingen der nationalsozialistischen Revolution beigetragen. Nach der Machtübernahme haben Sicherheitspolizei und SD die Verantwortung für die innere Sicherheit unseres Reiches getragen und, für eine kraftvolle Durchsetzung des Nationalsozialismus gegen alle Widerstände Bahn gebrochen. Schwere akute Bedrohungen des Reiches sind durch sie abgewehrt. Seit Kriegsausbruch stehen unsere Einsatzkommandos überall da, wohin die deutsche Wehrmacht gezogen ist und führen auf ihrem Sektor den Kampf gegen die Feinde von Reich und Volk.

(2) Trotz dieser großen Rolle, die Sicherheitspolizei und SD im Ablauf der deutschen Geschichte des letzten Jahrzehnts gespielt haben, ist über ihre Tätigkeit nur sehr wenig veröffentlicht worden. Deshalb unserer Reihen weiß man zwar von unserer Existenz, aber von unseren Aufgaben, unserer Leistung und unseren Erfolgen herrschen durchaus falsche und teils geradezu absurde Vorstellungen.

(3) Man hat das bisher bewußt in Kauf genommen. Heute aber zwingen uns vor allem drei Gründe, von der bisherigen Praxis des Schweigens abzugehen:

Einmal sind wir es uns und unserem Volk schuldig, Rechenschaft von dem abzulegen, was aus der Geschichte nicht mehr weggedacht werden kann, und unsere Arbeit auch der Erinnerung kommender Zeiten zu erhalten; denn ohne sie ist die bisherige Entwicklung des Reiches nicht verständlich.

Zweitens aber müssen wir auch im eigenen Interesse an das Verständnis und das Mitgehen des Volkes mit unseren Maßnahmen appellieren. Jede polizeiliche Tätigkeit beruht zum überwiegenden Teil auf der Mitarbeit aus dem Publikum. Erst recht gilt dieser Grundsatz für eine erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiet des politischen Schutzes des Reiches und der Bekämpfung der Verbrecher. Anonymität weckt aber entweder falsche Anschauungen oder schläfert das Interesse ein und beraubt uns dabei eines der wesentlichsten Hilfsmittel für unsere Arbeit.

Drittens brauchen wir diese Resonanz aber auch dringend im Interesse unserer Nachwuchswerbung. Wir können dabei nur dann auf Erfolg rechnen,

wenn die Tätigkeit der Sicherheitspolizei bei den heranwachsenden Jungen langsam genau so zu einem Komplex fester Vorstellungen wird, wie es z. B. die Wehrmacht seit langem ist.

(4) Es ist daher Verbindung zu allen Zweigen der für uns in Betracht kommenden Presse, zu Film und Rundfunk aufgenommen, die alle für das offen stehen, was wir dem Volk zu sagen haben.

(5) Es ergeht nunmehr der Aufruf an jeden Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD, für die Beschaffung des nötigen Materials für diese Propaganda und für die Aufzeichnung unserer Geschichte beizutragen.

(6) Es interessiert alles, was zur geschichtlichen Entwicklung von Sicherheitspolizei und SD gehört, sowie alle Berichte oder Photoaufnahmen über ihre Tätigkeit. (Wegen Geheimhaltung siehe weiter unten.)

(7) Im einzelnen wären z. B. Artikel, Berichte oder Aufnahmen zu folgenden Themen zu liefern: aus der Geschichte des SD, über seine ersten Anfänge, das Ringen um seine Durchsetzung als einzigen Nachrichtendienst der NSDAP und später der Partei, Schwierigkeiten und Erfahrungen bei der ersten Errichtung von Dienststellen, Erlebnisse aus der illegalen Arbeit der Kampfzeit; über die Entwicklung des organisatorischen Aufbaues des SD von den Anfangszeiten an (illegale Tarnbezeichnungen!) bis zum großzügigen Aufbau nach der Machtübernahme, besonders wichtige Ereignisse aus der Nachrichtentätigkeit vor und nach der Machtübernahme, illegale Einsätze usw.; aus der Stapoarbeit: über den Einsatz der Stapo nach der Machtübernahme (vor und nach der Übernahme der politischen Polizeien durch den Reichsführer SS), gemeinsame Aktionen der Geheimen Staatspolizei und des SD zur Aufrollung der Gegnergruppen, Darstellung geeigneter Abwehrfälle, Darstellung gruppenspezifischer Einzelfälle auf dem Gebiet der Bekämpfung der politischen Kirche, des Marxismus, Reaktion, Freimaurerei (Berichte über die Schließung maßgeblicher Logen) usw. Aus der Arbeit der Kriminalpolizei werden sich besonders leicht eine große Zahl allgemein interessanter Fälle aufstellen lassen.

bieten, und zwar sowohl aufregender Kapitalverbrechen als evtl. auch menschlich ansprechende „kleine“ Fälle finden lassen, die zeigen, wie sehr die Kriminalpolizei zum Schutze auch jedes einzelnen Volksgenossen tätig wird; ferner geeignete Darstellungen aus dem Gebiete der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung, aber auch über Erfolge der stillen kriminalpolizeilichen Arbeit im kriminaltechnischen Institut usw.

(8) Von besonderer Bedeutung sind dann die Darstellungen über die Einsätze der Sicherheitspolizei und des SD, angefangen vom Einsatz in den Alpen- und Donau-Gauen bis zum letzten Einsatz in der Sowjetunion. Es interessiert hier alles, von der dienstlichen Arbeit im engen Sinne bis zu Berichten über die volkstumsmäßige und propagandistische Arbeit, z. B. in den befreiten Alpen- und Donaugauen und im Sudetenland, über die Aufnahme bei den Volksdeutschen im Protektorat, in den Volksinseln der Sowjetunion usw. Ebenso muß die volksgeschichtlich so ungeheuer wichtige Umsiedlung und die führende Tätigkeit von Sicherheitspolizei und SD dabei auf jeden Fall davor bewahrt werden, in Vergessenheit zu geraten und muß weiten Kreisen in unserem Volke bekannt werden.

(9) Darüber hinaus interessieren aber auch Artikel über grundsätzliche Fragen, Richtlinien und Gedanken, nach denen unsere Arbeit ausgerichtet ist und in denen sich die #mäßige Haltung bei der Bewältigung von Aufgaben von Sicherheitspolizei und SD spiegelt.

(10) Bei all diesen Gebieten interessieren nicht nur die Berichte über die ganz großen Taten und Erfolge, sondern ebenso sehr Berichte über Rückschläge und die immer wieder erneute Inangriffnahme einzelner Aufgaben bis zum endgültigen Erfolg; es interessiert ebenso sehr wie die Ermittlung eines kapitalen kriminellen oder politischen Falles der stille Dienst eines einsamen Grenzpolizeipostens oder einer kriminalpolizeilichen Dienststelle in einer verlorenen Gegend oder einem Großstadttrevier.

(11) Es kommt auch nicht darauf an, ob die Berichte stilistisch vollkommen abgefaßt sind. Soweit für die Verwertung in Presse, Film und Funk eine Überarbeitung erforderlich ist, wird sie im Reichssicherheitshauptamt vorgenommen. Die Veröffent-

lichungen erscheinen auf jeden Fall unter dem Namen des Einsenders. Aufnahmen werden nach Auswertung auf Wunsch zurückgegeben. Dabei interessieren auch Aufnahmen aus der Anfangszeit von Sicherheitspolizei und SD, auf denen z. B. heute führende Männer großer Einheiten noch im Anfang ihrer Tätigkeit im Kreis von Kameraden aufgenommen worden sind, charakteristische Landschaftsaufnahmen aus den Gegenden der Einsätze, Aufnahmen z. B. bolschewistischer Elendsbehausungen oder Untermenschen-typen usw.

(12) Alle Einsendungen sind an das Reichssicherheitshauptamt — Gruppe III C („Einsatzauswertungsstelle“) zu richten. Dort werden sie gesichtet und je nach Eignung für die eine oder andere Art propagandistischer Auswertung herausgegeben oder als Unterlage für die künftig zu schreibende Geschichte der Sicherheitspolizei gesammelt. Gerade um die Geschichte der Sicherheitspolizei möglichst vollständig erfassen zu können, können und sollen auch Einsendungen erfolgen, bei denen es noch zweifelhaft sein kann, ob sie sich evtl. der Geheimhaltungsbedeutung wegen für eine Veröffentlichung eignen nicht. Falls im Einzelfall eine Veröffentlichung Geheimhaltungsgründen nicht möglich ist, häufig gerade derartige Berichte besondere wertvolle Unterlagen für eine geschichtliche Darstellung sein können, die in späterer Zeit erfolgt und vieles beibringen kann, was heute noch geheimhaltungsbedürftig erscheint. Wichtig ist, daß alle wesentlichen Punkte der Erfolge oder Rückschläge festgehalten werden und nicht spurlos für unsere eigene Geschichte und die Geschichte des Reiches verlorengehen. Es ergibt sich daher genau so gut an die alten Angehörigen der Sicherheitspolizei und SD, die wertvolle Einzelberichte aus der Vergangenheit geben können, wie an Führer und Männer, die erst später zu uns gestoßen sind und heute, jeder an seiner Stelle, ihre Pflicht aus der Aufruf zur Mitarbeit. Die bereits erfolgten Rundfunksendungen zum „Tag der Deutschen Polizei“ und die Veröffentlichungen in führenden Blättern des Reiches („VB.“, „Das Reich“, usw.) und zahlreichen Gauorganen sind ein erfolgversprechender Beginn dieser Arbeit. Es soll jeder seinen Ehrgeiz zeigen, auch zu seinem Teil dazu mitzuhelfen, die sicherheitspolizeiliche Werbung zu fördern und Leistungen für die Geschichte aufzubewahren.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

In Vertretung

Streckenbach

//-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 40

Berlin, den 12. September 1942

3. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Hans Seemann, SS-Bewerber, SD-Leitabschnitt Berlin, im Mai 1942

Josef Falthauer, Lohnempfänger, Staatspolizeileitstelle München, im Juni 1942

Heinz-Günther Lamwersiek, SS-Bewerber, Kriminalangestellter, Staatspolizeileitstelle Düsseldorf, im Juni 1942

Ernst Koslick, Kriminaloberassistent, Kriminalpolizeistelle Frankfurt/O., im Juni 1942

Georg Kleiner, Büroangestellter, Staatspolizeileitstelle Breslau, im Juni 1942

Otto Monecke, Kriminalangestellter, Staatspolizeistelle Wilhelmshaven, im Juni 1942

Hilmar Carl, SS-Hauptscharführer, Reichssicherheitshauptamt, im Juli 1942

Herbert Heck, SS-Obersturmführer, Kriminalsekretär, Staatspolizeileitstelle Hamburg, im Juli 1942

Hermann Carnarius, SS-Scharführer, SD-Abschnitt Weimar, im Juli 1942

Heinrich Freund, Polizeisekretär, Staatspolizeileitstelle Karlsruhe, im Juli 1942

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Franz Grünzfelder, SS-Obersturmführer, SD-Hauptaußenstelle Koblenz, im Juni 1942

Albert Schröder, SS-Bewerber, Kriminalpolizeistelle Kassel, im Juni 1942

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

In Vertretung

Streckenbach

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 19. 8. 42 Bildung einer Attaché-Gruppe im RSHA. S. 252. — RdErl. 31. 8. 42 Behandlung zurückkehrender Fremdenlegionäre. S. 252. — RdErl. 1. 9. 42 Anerkennungen. S. 252. — RdErl. 1. 9. 42 Verbot von ausländischen Druckschriften. S. 252. —

RdErl. 4. 9. 42 Personalangelegenheiten des auswärtigen Einsatzes. S. 253. — RdErl. 5. 9. 42 Anerkennung. S. 253.

Personalmittelungen. S. 253.

Sicherheitspolizei und SD

Bildung einer Attaché-Gruppe im Reichssicherheitshauptamt.

Befehl des RFH u. ChdDtPol. vom 19. 8. 1942.

1. Die bisher bei den Ämtern I, II, IV und VI des RSHA. aus der Tätigkeit der Polizei-Attachés im Auslande entstandenen Arbeitsgebiete sind in einer selbständigen Gruppe zusammenzufassen. Zu diesem Zweck befehle ich die Bildung einer Attaché-Gruppe im RSHA.

2. Die Attaché-Gruppe untersteht dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD unmittelbar.

3. Die Attaché-Gruppe hat die Aufgabe:

- a) die einigen Botschaften und Gesandtschaften (Missionen) zugeteilten Polizei-Attachés und deren Gehilfen in personeller und sachlicher Hinsicht einheitlich zusammenzufassen,
- b) die ausländischen Polizei-Attachés im Reich gesellschaftlich und sachlich zu betreuen.

4. Der gesamte Schriftverkehr zwischen den Polizei-Attachés und dem RSHA. ist über die Attaché-Gruppe zu leiten.

5. Der Leiter der Attaché-Gruppe ist für die sofortige und unmittelbare Beteiligung der zuständigen Ämter gemäß Geschäftsverteilungsplan des RSHA. verantwortlich.

6. Zum Leiter der Attaché-Gruppe wird H-Sturmbannführer Dr. Ploetz bestimmt.

(CdS.B.Nr. 5097/42)

gez. H. Himmler.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 252.

Behandlung zurückkehrender Fremdenlegionäre.

RdErl. des RFH u. ChdDtPol. i. RMdI. vom 31. 8. 1942.

— S IV E 3 Nr. 31 679 —

(1) Die Entlassungen der zurückgekehrten Fremdenlegionäre aus den Durchgangslagern erleiden vielfach dadurch Verzögerungen, daß die mit der Überprüfung beauftragten Dienststellen der Sicherheitspolizei diese nicht mit der erforderlichen Beschleunigung durchführen.

(2) Zwecks Herbeiführung einer im Reichsinteresse erforderlichen baldigen Entscheidung über den Einsatz der zurückgekehrten Fremdenlegionäre im Wehrdienst oder im Arbeitsprozeß ersuche ich, alle mit der Überprüfung von Fremdenlegionären zusammenhängenden Maßnahmen als Sofortmaßnahmen zu betrachten und dafür Sorge zu tragen, daß vermeidbare Verzögerung in der Bearbeitung unterbleiben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 252.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSP u. SD. vom 1. 9. 1942

— I A 1 b Nr. 261/42 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-H. u. Chef der Deutschen Polizei i. RMdI. dem

Kriminalinspektor Oskar Fleischer,

H-Sturmscharführer Kriminalsekretär Georg Mischke,

Kriminalsekretär Wilhelm Bruhns,

H-Hauptscharführer Kriminaloberassistenten Fritz Schäffer,

Kriminaloberassistenten Wenzel Hanke,

H-Untersturmführer Kriminalassistenten Friedrich Bauer,

H-Hauptscharführer Kriminalassistenten Johannes Piechowsky,

H-Oberscharführer Kriminalassistenten Richard Lindner,

H-Scharführer Kriminalassistenten Wilhelm Wollner,

Kriminalassistenten Oskar Felkl,

Kriminalassistenten Hubert Syben,

H-Oberscharführer Kriminalangestellten Hans Siebert,

H-Sturmmann Kriminalangestellten Jaroslav Nachtmann,

H-Sturmmann Kriminalangestellten Alfred Scharf,

Kriminalangestellten Josef Böhm,

Kriminalangestellten Dr. Alois Hornischer,

Kriminalangestellten Helmut Schwertner,

alle von der Staatspolizeileitstelle in Prag,

durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für besondere fachliche Leistungen ausgesprochen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 252.

Verbot von ausländischen Druckschriften.

RdErl. des RFH u. ChdDtPol. i. RMdI. vom 1. 9. 1942

— S IV C 3 Nr. 8578/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung der Schrift:

„Gewehr von der Wand“ von Josef Konrad Scheuber, Verlagsanstalt Benziger & Co. A. G., Einsiedeln, 1940,

verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 252.

Personalangelegenheiten des auswärtigen Einsatzes.

RdErl. des RSHA. vom 4. 9. 1942

— I A 1 d Nr. 642/42 —

(1) Ich habe in jüngster Zeit wiederholt beobachtet, daß bei den verschiedenen Dienststellen Berichte in Personalangelegenheiten, die den auswärtigen Einsatz betreffen, von den einzelnen Abteilungen unmittelbar an das RSHA. gegeben worden sind. Diese Maßnahme muß zwangsläufig dazu führen, daß die hierfür zuständige Personalabteilung (Abteilung I) der betreffenden Dienststelle die notwendige eigene Personalübersicht verliert.

(2) Die personelle Beanspruchung der Sich.Pol. u. des SD seit Kriegsbeginn bedingt jedoch eine straffe und einheitliche Behandlung aller personellen Einsatzfragen, so daß hierfür die ausschließliche Bearbeitung durch die Personalabteilungen gefordert werden muß, die ihrerseits die Berichte an das für den auswärtigen Einsatz zuständige Ref. I A 1 des RSHA. zu

richten haben. Ich weise hierbei gleichzeitig darauf hin, daß Personalberichte von unterschreibungsberechtigten Beamten bzw. SD-Führern zu zeichnen sind und daß Anträge von Nichtzeichnungsberechtigten in Zukunft als nicht gegeben angesehen werden müssen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 253.

Anerkennung.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 5. 9. 1942

— I A 1 b Nr. 349/42 —

Der Oberbefehlshaber einer Armee hat den Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD der Einsatzgruppe A, die an der erfolgreichen Bekämpfung und Vernichtung einer Bandengruppe bei Ssanniki beteiligt waren, seine Anerkennung ausgesprochen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 253.

Personalmitteilungen**Reichssicherheitshauptamt.**

Ernannt zum Reg.Rat: die ~~§~~-Hauptsturmführer Reg.-Assessoren Hermann Friedrichs, Ilges u. Reg.Assessor Hunsche.

Zugeteilt dem Generalgrenzinspekteur im RSHA.: ~~§~~-Oberführer Reg. u. Krim.Dir. Damzog (bisher Insp. Posen).

Versetzt: ~~§~~-Sturmbannführer Ob.Reg.Rat Willy Müller zur Stapoleitst. Dresden als Leiter.

Inspekture, Befehlshaber u. Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Insp. in Hamburg: ~~§~~-Oberführer Reg. u. Krim.Dir. Thiele (unter gleichz. Entbindung v. d. Ltg. der KPLSt. Hamburg), — in Düsseldorf: ~~§~~-Standartenführer Min.Rat Dr. Blume (die gegenwärtige Stellung als Befh. in Veldes bleibt hiervon unberührt), — in Stettin: ~~§~~-Standartenführer Min.Rat Werner (bisher RSHA.), — in Posen: ~~§~~-Standartenführer Reg.Dir. Dr. Geschke (bisher Stapoleitst. Prag), — in Kassel: ~~§~~-Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat Seetzen (bisher Stapoleitst. Hamburg), — in München: ~~§~~-Obersturmbannführer Ob.Reg. u. Krim.Rat Schmitz-Voigt (unter gleichz. Entbindung v. d. Ltg. der KPLSt. München), — zum Befh. in Prag: ~~§~~-Standartenführer Dr. Weinmann (bisher RSHA.).

Abgeordnet: ~~§~~-Hauptsturmführer Reg.Rat Dr. Ullrich (Stapoleitst. Wien) zum Kdr. in Lemberg als Vertr. des Kdrs.

Die Abordnung des ~~§~~-Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat Dr. Landgraf zum Höh. ~~§~~-u. Pol.Führer Rußland-Nord (bzw. Befh. Riga) ist aufgehoben worden.

Übernommen in den Reichsdienst (Geh. Staatspolizei): ~~§~~-Obersturmführer Reg.Assessor Schneider (beim Insp. Königsberg).

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Ob.Reg.Rat: ~~§~~-Sturmbannführer Reg.Rat Dr. Ebner (Wien);
zum Reg.Rat: ~~§~~-Hauptsturmführer Reg.Assessor Breder (Düsseldorf).

Versetzt die ~~§~~-Obersturmbannführer Ob.Reg.Räte: Dr. Gerke (Breslau) n. Prag als Leiter u. Dr. Kreuzer (Münster) n. Hamburg als Leiter;
~~§~~-Sturmbannführer Ob.Reg.Rat Landgraf (Befh. Straßburg) n. Münster als Leiter;

die ~~§~~-Sturmbannführer Reg.Räte: Dr. Hueber (Köslin) n. Salzburg, Dr. Nedwed (Stettin) n. Köslin u. Dr. Scharpwinkel (Wilhelmshaven) n. Breslau, sämtl. als Leiter;
die Krim.Komm.: Schmitz (Magdeburg) n. Brünn, Essig (Schule Fürstenberg) zum Kdr. Radom u. Macher (Kdr. Radom) zur Schule Fürstenberg.

Kriminalpolizei(leit)stellen u. Krim.Abteilungen.

Ernannt zum Krim.Dir.: ~~§~~-Bewerber Krim.Rat Dr. Rudolf Braschwitz (KPLSt. Berlin).

Abgeordnet: ~~§~~-Obersturmführer Krim.Komm. Döhning (Schwerin) zum RSHA.-VI;
~~§~~-Untersturmführer Krim.Komm. Junge (Wien) zum RSHA.-V.

Die Abordnung des ~~§~~-Hauptscharführers Krim.Insp. Kittenberger (Wien) zur IKPK. ist aufgehoben worden.

Versetzt: ~~§~~-Obersturmführer Ob.Reg. u. Krim.Rat Dr. Brichtha (Wien) n. Königsberg als Leiter, die Ob.Reg. u. Krim.Räte Dr. Schulze (Königsberg) zum RSHA.-V u. Dr. Wächter (RSHA.-V) zur KPLSt. Berlin;
~~§~~-Bewerber Krim.Dir. Dr. Braschwitz (KPLSt. Berlin) n. Stettin;
~~§~~-Untersturmführer Krim.Komm. Pohl (Frankfurt/M.) n. Breslau, die Krim.Komm. Wilhelm Krause (Frankfurt/M.) n. Duisburg, Schauder (Ratibor) z. Stapost. Allenstein, Tloka (Bromberg) n. Ludwigshafen u. Struck (Düsseldorf) z. RSHA.-V;
die Krim.Insp. Strelow (Trier) n. Wilhelmshaven u. Matt (Wilhelmshaven) n. Trier.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz

Ernannt zum Krim.Komm.: ~~§~~-Untersturmführer Krim.Komm. a. Pr. Erich Moll u. Krim.Komm. a. Heinz Simon (beide KPLSt. Berlin);
zum Kriminalsekretär: die Kriminaloberassistent Walter Schaarschmidt (KPSt. Zwickau) Max Schramm (KPLSt. Berlin);
zum Kriminaloberassistenten: Krim.Ob.Assistent z. Pr. Johann Richter (Stapost. Zichenau/Schröttersburg);
zum Kriminalassistenten: die apl. Krim.Assistenten Wilhelm Armbruster u. Otto Körbe (beide Stapost. Zichenau/Schröttersburg).

— Befehlsblatt 1942 S. 253.

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 41

Berlin, den 15. September 1942

3. Jahrgang

— Diese Nummer erscheint nur als Ausgabe A —

Gemeinsame Ausbildung der Kriminalassistentenanwärter (SB) der Geh. Staatspolizei und der Staatl. Kriminalpolizei in der Sicherheitspolizeischule in Fürstenberg/Mecklenburg.

RdErl. des RSHA. vom 27. 8. 1942

— I B 3 Nr. 6330/42-519/1 —*)

Abschnitt 1: Vorbemerkung.

I. (1) Mit Beginn des Jahres 1942 ist eine Umstellung der gesonderten Ausbildung der Stapo- und der Kripo-Anwärter (SB) auf eine gemeinsame Ausbildung in den Schulen der Sicherheitspolizei befohlen und durchgeführt worden.

(2) Für die Ausbildungslehrgänge der Kriminalassistentenanwärter (SB) in der Sicherheitspolizeischule Fürstenberg, deren Ziel die Ablegung der Fachprüfung I ist, hat bisher der vorläufige gemeinsame Lehrplan vom 8. 1. 1942 — Erlaß RSHA. I B 3 Nr. 4613/42 (nicht veröffentl.) — gegolten.

(3) Ab September 1942 wird nunmehr der nachstehende Lehrplan angeordnet.

(4) Die Dauer der Lehrgänge wird auf 4 Monate zuzüglich etwaiger Urlaubstage festgesetzt. Eine weitere an sich wünschenswerte Verlängerung ist in Anbetracht der angespannten Personallage der Sicherheitspolizei nicht durchführbar, obwohl die Vereinigung der Stapo- und Kripo-Ausbildung eine erhebliche Vermehrung des Stoffgebietes nach sich gezogen hat.

(5) Bei der Errechnung der in den KAA-Lehrgängen zu stellenden Anforderungen waren zwei Momente zu berücksichtigen:

- a) die unterschiedliche Vorbildung der Anwärter und die infolge der Arbeitsüberlastung und des Personalmangels vieler Dienststellen der Sicherheitspolizei noch unterschiedlichere Vorausbildung,
- b) die beschränkte Zahl der im Schulunterricht zur Verfügung stehenden Stunden.

(6) Was die Vorbildung der Anwärter anbetrifft, so ist für eine Teilnahme am Lehrgang Voraussetzung, daß die Anwärter die deutsche Sprache in ausreichendem Maße be-

herrschen müssen. Anwärter, die diese Bedingung nicht erfüllen, werden vom Lehrgang zurückgestellt. In minder schweren Fällen können sie zur Prüfung zugelassen werden; der Lehrgang gilt aber erst dann als bestanden, wenn der Anwärter durch eine im Standort nach zeitigstens 1/2 Jahr abzulegende Prüfung die Ausfüllung der Lücken in der Beherrschung der deutschen Sprache nachgewiesen hat (vgl. Abschnitt 4 Ziff. VI).

(7) Bei der Vorausbildung in den Standorten ist darauf Bedacht zu nehmen, daß der Anwärter Lernender und nicht bloße Arbeitskraft ist. Dementsprechend ist dafür zu sorgen, daß die Anwärter die wichtigsten Arbeitsgebiete ihrer Dienststelle kennenlernen und nicht lediglich zu Dienstleistungen auf einem bestimmten Gebiet herangezogen werden. Anwärter mit einseitigen Vorkenntnissen stellen eine bloße Belastung der Schule dar und hemmen die Ausbildung der anderen Lehrgangsteilnehmer. Eine umfassende Vorausbildung liegt nicht nur im Interesse des Fortkommens der einzelnen Anwärter, sondern der Sicherheitspolizei überhaupt. Soweit die Vorausbildung im Hinblick auf die durch die Kriegsverhältnisse gegebene Lage sich nicht auf eine theoretische Vorbereitung erstrecken kann, muß unter allen Umständen dafür Sorge getragen werden, daß der Anwärter eine grundlegende und umfassende praktische Anschauung von allen Einrichtungen, Hilfsmitteln und Arbeitsgebieten seiner Heimatbehörde vermittelt erhält. Im übrigen ist dem Selbstunterricht erhöhte Bedeutung beizumessen. Die Behördenleiter haben die Anwärter zu eigener Fortbildung anzuhalten, diese zu lenken und zu überwachen.

(8) Die Kriminalpolizei- u. Staatspolizei(leit-)stellen werden ferner angewiesen, im Einvernehmen miteinander ihre Anwärter mindestens einen Monat auch zur Schwestersparte (Stapo bzw. Kripo) abzuordnen, um sie dort praktisch einen Einblick in deren Tätigkeit gewinnen zu lassen;

*) Abdrucke dieses RdErl. können von dem Ref. I B 3 des RSHA. bezogen werden.

diese Abordnung ist in Zukunft Voraussetzung für eine Entsendung zum Lehrgang.

(9) Die Art, der Umfang und die Dauer der praktischen Vorbereitung und die Anwärtertätigkeit während der Abordnung zur Schwestersparte sind von den ausbildenden Stellen für die Personalakten des Anwärters zu bescheinigen.

II. (1) Im Lehrgang ist mit Rücksicht auf die beschränkte Stundenzahl der Ausbildungsstand des guten Durchschnitts bestimmend. Schwächere Lehrgangsteilnehmer sind zusätzlich gesondert zu schulen. Anwärter, die das Lehrgangsziel voraussichtlich nicht erreichen, sind rechtzeitig vom Lehrgang zurückzustellen.

(2) Die im Abschnitt 4 zum Lehrstoffplan vorgenommene Stundenverteilung gibt den notwendigen Anhalt, in welchem Rahmen und Umfang die betreffenden Gebiete durchzunehmen sind. Die Aufteilung der Gebiete in einzelne Themen verfolgt außer dem Gesichtspunkt der besseren Über-sichtlichkeit das Ziel einer Vereinfachung der Erfüllung des Lehrplanes. Die Themen, die den Anforderungen in der mündlichen und schriftlichen Prüfung entsprechen, müssen bis zum Schluß des Lehrgangs sämtlich behandelt werden. Eine Überschreitung der Themenzahl und der im einzelnen angesetzten Stunden ist unzulässig; dem pflichtmäßigen Ermessen des Lehrers bleibt es aber überlassen, die Reihenfolge der Themen der tatsächlichen Lage und Entwicklung des Unterrichts anzupassen sowie Hinweise und Wiederholungen (allerdings nur im Rahmen der vorgesehenen Stunden) einzuschalten.

(3) Der Unterricht ist seminarmäßig, unter ständiger Anlehnung an praktische Fälle, recht lebensnahe zu gestalten. Es ist darauf Bedacht zu nehmen, daß dem Anwärter kein theoretisches Ballastwissen vorgesetzt wird; vielmehr soll in großer Linie das Gesamtgebiet aufgezeigt und das „Warum“, vor allem des bisher in der Praxis Gelernten, nahegebracht werden. Nur so kann erreicht werden, daß sich der Anwärter auch stets über das „Wie“ seiner Arbeit Gedanken macht und befähigt wird, aus eigener Initiative tätig zu werden.

Abschnitt 2: Dauer, Arbeitstage und Arbeitsstunden des KAA.-Lehrganges in der Sicherheitspolizeischule Fürstenberg/Mecklbg.

A. Dauer: 4 Monate, zuzüglich etwaiger Urlaubstage.

B. Arbeitstage: 122 Tage
 17 Sonntage,
 2 Tage Eintreffen,
 5 Tage Prüfung,
 26 2 Tage Abreise,
 96 wirkliche Arbeitstage.

C. Arbeitsstunden:

1. Vormittage: 96 Tage $\times$ 4 Stunden = 384 Arbeitsstunden;

2. Nachmittage:

- a) abwechselnd einmal in der Woche (17 Wochen)
- Leibesübungen,
 - Waffenkunde und Schießen,
 - Polizeitruppendienst oder Ausmarsch,
 - Deutsch- u. Erdkundeunterricht (siehe Abschn. 4 Ziff. VI),
 - kriminalistische Übungsstunden (nach Bedarf),
 - Revierreinigen (Sonnabend);

b) die übrige Zeit, täglich mindestens 2 Arbeitsstunden, steht zur eigenen Wiederholung zur Verfügung.

Abschnitt 3: Verteilung der Stunden auf den theoretischen Unterricht.

I. $\#$ -mäßige und politisch-weltanschauliche Erziehung.	65 Std.
II. Volk, Staat, Recht	
A. Einführung in das Recht	2 Std.
B. Staatskunde	19 Std.
C. Völkerrecht	5 Std.
D. Verwaltungsrecht	13 Std.
E. Beamtenrecht	4 Std.
F. Die Deutsche Polizei	20 Std.
G. Strafrecht	
1. Allgemeiner Teil	15 Std.
2. Besonderer Teil	52 Std.
3. Jugendstrafrecht	4 Std.
4. Strafverfahrensrecht	14 Std.
III. Verbrechensbekämpfung	90 Std.
IV. Gegnerbekämpfung	75 Std.
V. Nachrichtendienst	6 Std.
	384

Vorm.-Std.

VI. Deutsch- und Erdkundeunterricht (abwechselnd je einmal in der Woche 1 Std.).	
A. Erdkundeunterricht	rd. 15 Nachmittagsstd.
B. Deutschunterricht	rd. 20 Nachmittagsstd.

Abschnitt 4: Lehrstoffplan des KAA.-Lehrganges mit Stundenverteilung.

I. $\#$ -mäßige und politisch-weltanschauliche Erziehung.

Die sicherheitspolizeiliche Tätigkeit ist eine politische Aufgabe, die nur aus der durch den Nationalsozialismus bestimmten weltanschaulichen Grundhaltung heraus erfüllt werden kann. Die $\#$ -mäßige und politisch-weltanschauliche Erziehung muß daher dem Anwärter eine absolute Klarheit über die Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung vermitteln, damit er in der Lage ist, den politischen Gehalt seiner Tätigkeit zu erkennen und seine Aufgabe im Bewußtsein der unlösbaren Verbundenheit mit der nationalsozialistischen Weltanschauung richtig zu sehen und dementsprechend mit der nötigen Sicherheit und eigenen Initiative zu handeln.

1. Begriff der Weltanschauung allgemein.
Abgrenzung gegen Philosophie und Religion; Gestaltung der Idee (Bewegung, Partei, Politik)

Anmerkung: Die Anwärter haben sich bereits in den Standorten vor Beginn des Lehrgangs mit dem Inhalt der „Politischen Fibel“ von H. Männel, Theodor-Fritsch-Verlag, Leipzig, eingehend vertraut zu machen.

2. Kurze einführende Übersicht über die Grundlagen der nat.-soz. Weltanschauung
3. Hinweis auf bedeutsame Werke des nat.-soz. Schrifttums.
4. Vergleich der nat.-soz. Weltanschauung mit anderen uns fremden Weltanschauungen. Gegenüberstellung der Grundbegriffe der liberalistischen, marxistischen und der nat.-soz. Weltanschauung

5. Die Erkenntnisse der Rassenlehre als Grundlage der nat.-soz. Weltanschauung.
- a) Der Rassengedanke.
Die Vererbungslehre.
Rassenkunde des deutschen Volkes 3 Std.
 - b) Gegenüberstellung der Begriffe:
Rasse, Volk, Nation, Staat. 1 Std.
 - c) Die staatlichen Maßnahmen zur Verwirklichung der Rassenkenntnisse.
Die Nürnberger Gesetze v. 15. 9. 1935.
Sonstige Maßnahmen gegen die Juden. 5 Std.
 - d) Die Bedeutung der Gesundheitsführung für das deutsche Volk. 5 Std.
 - e) Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und die seiner Tätigkeit zugrunde liegenden volkspolitischen Anschauungen und Ziele. 2 Std.
6. Welches Ziel verfolgen wir mit dem Studium der Geschichte? 1 Std.
7. Der Weg zum Reich — Deutsche Geschichte in großen Zügen.
- Anmerkung: Die Anwärter haben sich die von dem RFH — H-Hauptamt IV, Berlin W 35, Lützowstr. 48 — herausgegebene Schrift „Der Weg zum Reich — Geschichte in den größten Zügen“ bereits vor Beginn des Lehrgangs zu eigen zu machen. 6 Std.
8. Einführung in das Thema: Raum und Politik.
- Der Unterricht ist darauf abzustellen, den Anwärtern den Blick für die großen Zusammenhänge des Weltgeschehens zu öffnen und die Grundlagen zur Erschließung des Verständnisses für die kommenden weltpolitischen Aufgaben des deutschen Volkes zu vermitteln; dabei ist auch auf die weltpolitischen Ziele der anderen beiden Achsenmächte, Italien und Japan, einzugehen.
- Der Unterricht wird ergänzt durch den Erdkundeunterricht (siehe VI, Ziff. 1) und die Behandlung politischer Tagesfragen (siehe I Ziff. 12). 4 Std.
9. Der Sinn des gegenwärtigen Krieges als Kampf zweier Welten.
- Deutschlands Kampf um die Neuordnung Europas und Gewinnung deutschen Lebensraumes im Osten. 4 Std.
10. Die NSDAP.
- a) Das Leben des Führers. 1 Std.
 - b) Die Aufgaben der NSDAP.:
Rechtsstellung und Organisation der Partei und ihrer Gliederungen.
Die Einheit von Partei und Staat. 2 Std.
 - c) Die Schutzstaffel des RFH. 2 Std.
 - d) Das Programm der NSDAP. und seine Erfüllung. 3 Std.
11. Die weltanschaulichen Gegner und ihr Kampf gegen die politische und völkische Einheit.
- a) Judentum. 3 Std.
 - b) Freimaurerei. 1 Std.

- c) Marxismus. 3 Std.
- d) Politische Kirchen, Sekten. 2 Std.
- e) andere gegnerische Strömungen
(Universalismus, Reaktion usw.). 1 Std.

12. Politische Tagesfragen.
- Die gegenwärtigen Ereignisse sind unter politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten zu besprechen und in ihren großen Zusammenhängen verständlich zu machen, um das politische Verständnis der Anwärter zu vertiefen und sie zu einem verständnisvollen Lesen der Tagespresse anzuleiten. 4 Std.

13. Haltungserziehung. Führen und Folgen.
- Anmerkung: Die Haltungserziehung bildet als Teil der Gesamterziehung eines der Hauptziele des Lehrgangs. Sie erfolgt daher sowohl im Fachunterricht als auch während der sonstigen Betreuung der Lehrgangsteilnehmer. Im Rahmen der Haltungserziehung sind auch die Informationen des RSHA. (Gruppe I D) über rechtskräftige Entscheidungen der H- u. Polizeigerichte in Verfahren gegen Angehörige der Sich.Pol. u. des SD sowie Entscheidungen in behördenmäßig-dienststrafrechtlicher Hinsicht, ferner die Mitteilungen des Hauptamtes H-Gericht zu behandeln.

55 Std.

Wiederholung 10 Std.

Insgesamt 65 Std.

II. Volk — Staat — Recht.

A. Einführung in das Recht.

Hier ist der Begriff des Rechts kurz zu erläutern und ein einführender Überblick über die einzelnen Rechtsgebiete und die Rechtsquellen zu geben.

2 Std.

B. Staatskunde.

Anmerkung: Zur Vorbereitung auf den KAA-Lehrgang wird im Staats- und Verwaltungsrecht auf den in der Schriftenreihe Pfundtner-Rüdiger „Die Bücher der Verwaltung“ erschienenen Band „Staatsrecht“, Industrieverlag Späth & Linde, Berlin W 35, hingewiesen.

- 1. Wesen und Begriffsmerkmale des Staates.
- 2. Die Staatsformen.
 - a) Die frühere Lehre von den Staatsformen.
 - b) Die neue allgemeine Staatslehre. 1 Std.
- 3. Vom Weimarer Zwischenreich zur Machtübernahme. 1 Std.
- 4. Kurze Entwicklung Österreichs vom Zusammenbruch 1918 bis zur Wiedervereinigung.
Der 13. 3. 1938 als Geburtsstunde des Großdeutschen Reiches. 1 Std.
- 5. Die Verfassung des Großdeutschen Reiches.
 - a) Die 5 Verfassungsgrundsätze:
Volksstaat, sozialistischer Staat, Führerstaat, Einparteistaat, Einheitsstaat.
 - b) Die Quellen des neuen Verfassungsrechtes.
Überblick über die Staatsgrundgesetze (Einzelgesetze, die sich durch

ihre grundlegende staatsrechtliche Bedeutung auszeichnen):

- Das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich: Ermächtigungsgesetz vom 24. 3. 1933.
- Das Gesetz über Volksabstimmung vom 14. 7. 1933.
- Das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. 12. 1933.
- Das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. 1. 1934.
- Das Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches vom 1. 8. 1934.
- Das Reichsstatthaltergesetz vom 30. 1. 1935.
- Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. 1. 1935.
- Das Wehrgesetz vom 31. 5. 1935.
- Das Nürnberger Gesetzgebungswerk vom 15. 9. 1935.
- Das Deutsche Beamten-gesetz vom 26. 1. 1937.

2 Std.

6. Das Einheitsreich.

- a) Die Gleichschaltung von Reich und Ländern
 - 1. Gleichschaltungsgesetz vom 31. 3. 1933.
 - 2. Gleichschaltungsgesetz (1. Reichsstatthaltergesetz vom 7. 4. 1933).
 - Das Reichsstatthaltergesetz vom 30. 1. 1935.
- b) Das Neuaufbaugesetz vom 30. 1. 1934.

2 Std.

7. Der Führer und Reichskanzler.

- a) Das Ermächtigungsgesetz vom 24. 3. 1933 („Reichsführungsgesetz“).
- b) Das Staatsoberhauptgesetz vom 1. 8. 1934 als Verwirklichung des Führerstaates.
- c) Die Stellung des Reichstages und der Reichsregierung.

2 Std.

8. Die Gesetzgebung im Großdeutschen Reich.

Rechtsquellen.

Die Gesetzgebungsgewalt. 1 Std.

9. Die Staatsangehörigkeit.

Begriffe, Erwerb, Rechtswirkungen, Verlust, Nachweis, doppelte Staatsangehörigkeit, Staatenlosigkeit.

2 Std.

10. Die staatsrechtliche Grundlage der angegliederten Gebiete.

- a) Das Protektorat Böhmen und Mähren.
- b) Das Generalgouvernement.

1 Std.

13 Std.

Wiederholung: 6 Std.

Insgesamt: 19 Std.

C. Völkerrecht.

1. Begriff und Wesen des Völkerrechts.

Autonomie, Gebietshoheit, Personalhoheit, Staatsgebiet, Staatsgrenzen.

1 Std.

2. Die Begriffe:

halbsouveräne Staaten, Protektorat,

Suzeränität,
Interessengebiete,
Kolonien,
Schutzgebiete,
Mandate.

3. Erledigung völkerrechtlicher Streitigkeiten.

1 Std.

4. Der diplomatische und konsularische Verkehr.

a) Die Organe des zwischenstaatlichen Verkehrs:

Diplomatie, Konsulate.

1 Std.

b) Die Exterritorialität.

2 Std.

Das polizeiliche Verhalten gegenüber Exterritorialen.

5 Std.

D. Das Verwaltungsrecht.

1. Begriff der Verwaltung.

a) Verwaltung und Regierung.
Verwaltung als Obrigkeit und als Fiskus.

b) Der frühere Begriff der Gewaltenteilung (Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung).

c) Die Träger der Verwaltung.

d) Begriff der Behörde.

2. Staatsverwaltung — Auftragsverwaltung — gemeindliche Selbstverwaltung.

1 Std.

3. Reichs- und Landesbehörden.

Die Vereinheitlichung der Behördenbezeichnung ab 1. 1. 1939.

4. Die sogenannte vertikale Verwaltungsgliederung in Verwaltungszweige (Fachgebiete): allgemeine und Sonderverwaltung.

5. Die sogenannte horizontale Verwaltungsgliederung nach Instanzen: Zentral-, Mittel- und Unterinstanz.

1 Std.

6. Die Reichszentralbehörden (die einzelnen Reichsminister und die Obersten Reichsbehörden).

7. Die zwischen den Reichsmittelbehörden und den Reichszentralbehörden stehenden sog. Höheren Reichsbehörden.

2 Std.

8. Die Reichsmittelinstanz in der allgemeinen Verwaltung

a) in Preußen

b) im Saargebiet,

c) in Hamburg,

d) in den Ländern außer Preußen,

e) in den neuen Reichsgauen, die im Zuge der Bildung des Großdeutschen Reiches eingegl. sind.

1 Std.

9. Die untere Instanz der allgemeinen Verwaltung.

Die Landkreise:

a) in Preußen,

b) in den übrigen Ländern,

c) in den Reichsgauen.

1 Std.

10. Überblick über das Deutsche Gemeinderecht.

— Die Deutsche Gemeindeordnung v. 30. 1. 1935 (DGO).

- Der Führergrundsatz in der Gemeindeverwaltung.
 - Einwohner und Bürger.
 - Bürgermeister, Beigeordnete, Gemeinderäte.
 - Satzungen (Ortsgesetze). 1 Std.
 - 11. Einführung in die wirtschaftliche Eigenverwaltung.
 - Der Reichsnährstand.
 - Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft und des Verkehrsgewerbes.
 - Die Reichskulturkammer. 1 Std.
- 8 Std.
- Wiederholung: 5 Std.
- Insgesamt: 13 Std.

E. Beamtenrecht.

1. Begriffe des Beamtenrechts.
 - a) Das Beamtenrecht als öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis zu Führer und Reich.
 - b) Rechtsgrundlagen des Deutschen Beamtenrechts.
 - c) Die Arten der Beamten.
 - d) Begriffe des Vorgesetzten.
 - e) Entstehen und Beendigung des Beamtenverhältnisses. 1 Std.
 2. Die Pflichten der Beamten. 1 Std.
 3. Die Folgen der Nichterfüllung von Pflichten. 1 Std.
- Die Dienststrafordnung.
- Vermerk: Die praktischen Fälle und Entscheidungen in dienststrafrechtlicher Hinsicht werden im Gebiet „Haltungserziehung“ behandelt (Vgl. Vermerk zu F 4 „H- u. Polizei-Gerichtsbarkeit“).
- 3 Std.
- Wiederholung: 1 Std.
- Insgesamt: 4 Std.

F. Die deutsche Polizei.

1. Der Polizeibegriff.
Die Aufgaben der Deutschen Polizei, insbesondere der Sicherheitspolizei. 1 Std.
2. Der Aufbau der Deutschen Polizei, insbesondere der Sicherheitspolizei. 3 Std.
3. Polizeirecht.
 - a) Rechtsquellen.
 - b) Schutz der Volksgemeinschaft, Gefahrenabwehr, öffentliche Sicherheit und Ordnung, pflichtmäßiges Ermessen, Notwendigkeit der Maßnahmen.
 - c) Polizeipflichtigkeit — Polizeinotstand. 2 Std.
 - d) Die Erscheinungsformen der Polizeigewalt.
 - (1) Die Verwaltungsmaßnahmen im Einzelfall:
 - Einfache oder allgemeine Polizeimaßnahmen,
 - Polizeiverfügung, Polizeierlaubnis. 1 Std.
 - (2) Die allgemeine Anordnung: Polizeiverordnung. 1 Std.

- e) Die praktische Durchsetzung von Befehlen (Vollziehung). 1 Std.
- Verwarnung, Zwangsvollzug, insbesondere der unmittelbare Zwang. 2 Std.
- Sonstige Maßnahmen:
 - Betreten fremder Räume, polizeiliche Durchsuchung, Sicherstellung (polizeiliche Beschlagnahme), Personenfeststellung, Zwangsgestellung (Sistierung), Inverwahrungnahme von Personen. 2 Std.
- f) Die polizeiliche Strafverfügung.
- g) Polizeiliches Eingreifen in Privatrechtsstreitigkeiten. 1 Std.

4. H- und Polizei.

- a) Grundsätzliches.
- b) Die Höheren H- und Polizeiführer.
- c) Die H- und Polizeigerichtsbarkeit. 2 Std.

Anmerkung: Die Mitteilungen des Hauptamtes H-Gericht und die Informationen des RSHA. (Gruppe I D) über rechtskräftige Entscheidungen der H- u. Polizeigerichte im Verfahren gegen Angehörige der Sich. Pol. u. des SD. sowie Entscheidungen in behördenmäßig-dienststrafrechtlicher Hinsicht sind im Gebiet „Haltungserziehung“ zum Gegenstand des Unterrichts zu machen.

16 Std.

Wiederholung: 4 Std.

20 Std.

G. Strafrecht.

Allgemeiner Teil.

Anmerkung: Dem Lehrgebiet Strafrecht sind im Rahmen des Rechtsunterrichts der Polizeibeamten die meisten Stunden gewidmet, wobei der Hauptwert üblicherweise auf eine gründliche Behandlung des allgemeinen Teils gelegt worden ist, da dieser gleichzeitig eine gute Übung zur Einführung in das Rechtsdenken bietet. Demgegenüber darf aber der besondere Teil nicht zu kurz kommen. Eine Überbetonung des allgemeinen Teils gibt auch einer falschen Auffassung über die Bedeutung des besonderen Teils für die Praxis Raum. In dem nachfolgenden Plan ist das Verhältnis der Stunden für den allgemeinen und den besonderen Teil daher zweckmäßigerweise auf 1:3 festgesetzt. Im Unterricht über den allgemeinen Teil sind den Anwärtern die Grundbegriffe verständlich zu machen, und es ist eine Gesamtschau zu geben, aus der die Zusammengehörigkeit der Begriffe klar wird. Die Wiederholung hat an Hand von praktischen Beispielen zu den einzelnen Bestimmungen des besonderen Teils und der strafrechtlichen Nebengesetze zu erfolgen.

1. Das Wesen und die Aufgaben des Strafrechts. Der Begriff des materiellen und des formellen Strafrechts. Die Rechtsquellen. 1 Std.
2. Die Handlung. 1 Std.
3. Die Tatbestandsmäßigkeit.
Die entsprechende Anwendung von Strafgesetzen (§ 2).
Zeitliche und räumliche Geltung des Strafrechts. 2 Std.
4. Die Rechtswidrigkeit und die einzelnen Rechtfertigungsgründe. 1 Std.
5. Die Schuld.
 - a) Der Schuldbegriff.
Die Zurechnungsfähigkeit. 1 Std.
 - b) Vorsatz und Irrtum, Fahrlässigkeit. 1 Std.
6. Persönliche Strafausschließungs- und -aufhebungsgründe. 1 Std.
7. Vorbereitung, Versuch, vollendete Handlung, Rücktritt vom Versuch. 2 Std.

8. Täterschaft, Teilnahme.	2 Std.
9. Die Konkurrenzen.	1 Std.
10. Die Strafe und die Maßregeln der Sicherung und Besserung.	2 Std.
	<u>15 Std.</u>

Besonderer Teil

Anmerkung: Dem pädagogischen Geschick und dem Ermessen des Lehrers bleibt es überlassen, in welcher Reihenfolge er die Strafbestimmungen durchnimmt. Auf jeden Fall müssen im Laufe des Lehrganges sämtliche angeführten Bestimmungen behandelt worden sein, wobei die im einzelnen vorgesehene Stundenzahl nicht überschritten werden darf.

Bei der Durchnahme der einzelnen Gebiete ist eine kurze kriminologische Betrachtung vorwegzunehmen, von der aus die rechtliche Seite zu entwickeln ist (induktive Methode im Gegensatz zu der deduktiven Methode, die von der Norm aus auf die Praxis weist, also den umgekehrten Weg geht und demnach für den sicherheitspolizeilichen Unterricht ungeeignet ist).

1. Hochverrat (§§ 80—87 StGB.).	1 Std.
2. Landesverrat (§§ 88—93 a StGB.).	2 Std.
3. Die Sonderatbestände der Kriegs- sonderstrafrechts-VO. v. 17. 8. 1938 (RGBl. I 1939 S. 1455).	1 Std.
4. Widerstand gegen die Staatsgewalt i. w. S. (§§ 110—122 b StGB.).	1 Std.
5. Delikte wider die öffentliche Ordnung	
a) §§ 123—135 StGB.	1 Std.
b) Das Heimtückegesetz.	1 Std.
c) §§ 136—145 a StGB.	1 Std.
6. Die Bestimmungen	
a) über kriegsschädliches Verhalten; (Kriegswirtschafts-VO. v. 4. 9. 1939 und Verbrauchsregelungsstraf-VO. v. 6. 4. 1940).	
b) Außerordentliche Rundfunkmaß- nahmen v. 1. 9. 1939.	
c) VO. gegen Volksschädlinge v. 5. 5. 1939.	
d) VO. gegen Gewaltverbrecher v. 5. 12. 1939.	2 Std.
7. Münzdelikte (§§ 146—152 StGB.).	1 Std.
8. Meineid, falsche Anschuldigung, Re- ligions- und Personenstandsdelikte (§§ 153—170 StGB.).	1 Std.
9. Sittendelikte	
a) §§ 171—175 b.	
b) §§ 176—184 b.	3 Std.
10. Beleidigung (§§ 185—200 StGB.).	1 Std.
11. Tötungsdelikte (§§ 201—216 StGB.).	2 Std.
12. Kindestötung (§ 217 StGB.). Abtreibung (§§ 218—220 StGB.).	1 Std.
13. Aussetzung, Körperverletzung (§§ 221 bis 231 StGB.).	1 Std.
14. Delikte gegen die Freiheit (§§ 234 bis 241 StGB.).	1 Std.
15. Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242 bis 248 a StGB.).	3 Std.
16. Raub und Erpressung (§§ 249—256 StGB.).	1 Std.
17. Begünstigung und Hehlerei (§§ 257 bis 266 StGB.).	1 Std.
18. Betrug und Untreue (§§ 263—266 StGB.). Bankrott.	3 Std.
19. Urkundenfälschung (§§ 267—280 StGB.).	2 Std.

20. Glücksspiel (§§ 284—286 StGB.). Rennwett- und Lotteriegesezt.	1 Std.
21. Sonstiger strafbarer Eigennutz.	1 Std.
22. Geheimnisverletzung (§§ 299—300 StGB.) und diesbezügliche Nebengesetze.	1 Std.
23. Ausbeutung und Wucher. Sachbeschädigung (§§ 301—305 StGB.).	1 Std.
24. Gemeingefährliche Delikte, insbes. die Brandstiftung (§ 306 ff.).	3 Std.
25. Die Delikte §§ 330 a—330 c StGB. Das Opiumgesetz. Das Gesetz zur Bekämpfung der Ge- schlechtskrankheiten.	2 Std.
26. Amtsverbrechen (§§ 331—359 StGB.).	1 Std.
	<u>41 Std.</u>
Wiederholung:	11 Std.
	<u>52 Std.</u>

H. Jugendstrafrecht.

1. Jugendgerichtsgesetz vom 16. 2. 1923.	
2. Jugendarrest. Die VO. zur Ergänzung des Jugend- strafrechts vom 4. 10. 1940 nebst Ausführungsbestimmungen.	
3. Die VO. über die unbestimmte Ver- urteilung Jugendlicher v. 10. 9. 1941.	
4. Die Jugendkammern.	
5. Die Polizei-VO. zum Schutz der Jugend vom 9. 3. 1940.	3 Std.
	<u>3 Std.</u>
Wiederholung:	1 Std.
	<u>4 Std.</u>

J. Strafverfahrensordnung.

1. Begriff und Aufgabe des Strafver- fahrens. Die Teile des Strafverfahrens (Gerichts- verfassungsgesetz, Strafprozeßrecht i. e. S., Strafvollzugs- und -voll- streckungsrecht).	
2. Die Quellen des Strafverfahrens.	
3. Die Strafgerichte und ihre Zusammen- setzung.	2 Std.
4. Die sachliche Zuständigkeit. Gerichtsstand.	
5. Die Staatsanwaltschaft.	1 Std.
6. Überblick über den allgemeinen Verlauf eines Strafverfahrens. Das Verfahren in erster Instanz.	1 Std.
7. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe gegen rechtskräftige Urteile.	1 Std.
8. Beweisrecht	
a) Begriff,	
b) Gegenstand (Tatsachen, Indizien, Hilfstatsachen, Erfahrungssätze),	
c) Beweismittel Persönliche und sachliche Beweis- mittel, Beweiswürdigung.	2 Std.
9. Die Zwangsmittel zur Prozeßdurchfüh- rung	
a) Durchsuchung,	1 Std.
b) Beschlagnahme,	1 Std.
c) Freiheitsentziehung.	1 Std.
10. Privatklage und Nebenklage. Besondere Arten des Verfahrens.	1 Std.
	<u>11 Std.</u>
Wiederholung:	3 Std.
	<u>14 Std.</u>

Übersicht über die Stundenverteilung des Strafrechts.

Allgemeine Teil des materiellen Strafrechts	15 Std.	= 15 Std.
Besonderer Teil des materiellen Strafrechts	41 Std. + 11 Wiederh. Std.	= 52 Std.
Jugendstrafrecht	3 Std. + 1 „ „	= 4 Std.
Strafverfahrens- recht	11 Std. + 3 „ „	= 14 Std.
	70 Std. + 15	Insgesamt: = 85 Std.

III. Verbrechensbekämpfung.

Anmerkung:

(1) Bei dem Unterricht in der Verbrechensbekämpfung ist stets zu berücksichtigen, daß er auch die Grundlage für das kriminalistische Vorgehen bei der Erfassung des politischen Gegners, seiner Arbeitsweise und seiner Taktik und bei der Bekämpfung des politischen Verbrechens bildet.

(2) Da trotzdem (im Hinblick auf die ohne Lehrgangsverlängerung durchzuführende gemeinsame kriminalpolizeiliche und staatspolizeiliche Ausbildung) eine Verkürzung der Unterrichtsstunden auch in der Kriminalistik unumgänglich gewesen ist, ergeben sich erhöhte Anforderungen an die Vorausbildung.

- Die Anwärter der Kriminalpolizei müssen in der Vorausbildung alle notwendigen praktischen Grundkenntnisse in bezug auf die Einrichtungen und Arbeitsweise der Kriminalpolizei erwerben und mit den Arbeitsgebieten der wichtigsten Spezialdienststellen ihrer Heimatbehörde (Todesermittelung, Brandermittelung, Diebstahlsbekämpfung, Betrugs- und Korruptionsbekämpfung) vertraut gemacht worden sein.
- Die Staatspolizei(leit)stellen haben dafür zu sorgen, daß auch ihre Anwärter ausreichend Gelegenheit erhalten, mit dem Tätigkeitsfeld, den Einrichtungen, Hilfsmitteln und der Arbeitsweise der Kriminalpolizei praktisch bekannt zu werden. Im Lehrgang werden auch von den Anwärtern der Stapo praktische Grundkenntnisse auf folgenden Gebieten
 - Spurensuche u. Spurensicherung,
 - Personenbildaufnahme,
 - Fingerabdrucknahme u. -registrierung,
 - Personenfeststellung,
 - Kriminalpolizeiliches Meldewesen u. Karteiwesen,
 - Kriminalpolizeiliche Verbrechensvorbeugung,
 - Kriminalpolizeiliches Fahndungswesen
 vorausgesetzt.

(3) Zur Vorbereitung auf den Lehrgang wird als Lehrmittel das „Mitteilungsblatt des Reichskriminalpolizeiamtes“ (zu beziehen von dem Kriminalwissenschaft- und Praxisverlag, Berlin N 54, Schwedter Straße 263) empfohlen, dessen Besitz im Unterricht notwendig ist.

(4) Der Unterricht in der Verbrechensbekämpfung ist seminarmäßig unter ständiger Anlehnung an praktische Fälle abzuhalten (für praktische kriminalistische Übungen sind nach Bedarf Nachmittagsstunden heranzuziehen). Die Reihenfolge der einzelnen Kapitel soll grundsätzlich eingehalten werden. Das schließt jedoch nicht aus, daß es dem pflichtmäßigen Ermessen des Lehrers überlassen bleibt, gelegentlich auch einzelne Gebiete miteinander zu verknüpfen. Die Kapitel A, B sind gleichzeitig mit C zu behandeln. Die Kapitel D bis F erst nachher anzuschließen.

- Die Reichskriminalpolizei.
Aufgaben, Entwicklung, Aufbau. 3 Std.
- Die Aufklärung des begangenen Verbrechens. Die Verfolgung und Behandlung des Täters (Kriminaltaktik).
 - Der Gang eines Ermittlungsverfahrens (Gesamtschau). 1 Std.

- Die Anzeige.
 - Entgegennahme, Bearbeitung, Weiterleitung.
 - Behandlung anonymer Anzeigen. 2 Std.
- Kriminaltaktik,
 - als Teil der allgemeinen Polizeiverwendungslehre: Beurteilung der Lage, Entschlußfassung, Befehl.
 - Der Angriffsplan.
 - Taktische Erwägung der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des richtigen Zeitpunkts und der Art des Zugriffs.
 - Vorbereitungsmaßnahmen, insbesondere die innendienstliche Vorbereitung. 1 Std.
- Das Vorgehen in den Fällen, bei denen ein Tatortbefund aufgenommen werden muß (mit praktischen Übungen an Nachmittagen).
 - Erste Maßnahmen am Tatort vor Aufnahme des Tatortbefundes.
 - Die Aufnahme des Tatortbefundes.
 - Die weiteren Maßnahmen am Tatort. 3 Std.
- „Die sieben goldenen W des Kriminalisten“ als Leitpunkte beim kriminalistischen Denken. 1 Std.
- Das KP-Fahndungswesen.
 - Grundsätzliches.
 - Die Fahndungsmittel.
 - Die Mitarbeit des Publikums.
 - Sonderfahndung.
 - Sachfahndung.
 - Die Auswertung der Karteien fremder Behörden. 5 Std.
- Der KP-Meldedienst. 2 Std.
- Das KP-Karteiwesen. 3 Std.

Vermerk zu 7 u. 8: Hier ist nicht ein totes Wissen um die einzelnen Vordrucke beizubringen, vielmehr sind das Wesen und die Aufgaben des Meldedienstes und des Karteiwesens aufzuzeigen und das Ziel und die Durchführung der einzelnen Meldungen und vor allem ihre Auswertung sowie die Art der Löschungen nach Erledigung klarzumachen.
- Die Durchführung von Durchsuchungen (mit praktischen Übungen über die Auffindung von Verstecken). 4 Std.
- Die Durchführung von Beschlagnahmen. 2 Std.
- Vorladung. Vorführung.
- Die Durchführung von Freiheitsentziehungen. 2 Std.
- Das Personenfeststellungsverfahren. 1 Std.
- Die Vernehmung von Zeugen und von Beschuldigten
 - Vorbereitung der Vernehmung (Aktensstudium, Karteieinsicht, Entscheidung über Ort und Zeit der Vernehmung. — Aufsuchen oder Vorladen des zu Vernehmenden? — Verhütung einer Verdunklung durch Isolierung, Verhinderung von Verabredungen usw.).
 - Methoden der Vernehmung. Gegenüberstellen und Wiedererkennen.

- c) Die Bewertung von Zeugenaussagen.
- d) Das Alibi, seine Nachprüfung und Bewertung.
- e) Die Festlegung der Aussage, insbesondere des Geständnisses. 4 Std.
- 15. KP-Personenakten — polizeiliche Liste — Strafregister. 2 Std.
- 16. Die internationale kriminalpolizeiliche Zusammenarbeit. Die IKPK. 1 Std.
- 17. Zusammenfassende Ausführungen über Aktengestaltung, Berichtstechnik. 1 Std.

C. Die Kriminaltechnik.

- 1. Der taktische Einsatz der kriminaltechn. Mittel.
Allgemeine Spurenkunde.
- a) Begriff und Bedeutung der Spuren
— Entstehung von Spuren,
(Spurenerzeuger, Spureenträger),
— Trugspuren,
— Spurenfälschung,
— Spurenerstörung. 2 Std.
- b) Grundsätzliches über die Spurensuche, Spurensicherung, Spurensuche und die kriminalistische Auswertung des Untersuchungsergebnisses.
- 2. Übungen: Spurensuchen und -sichern
- a) am Tatort verlorener und zurückgelassener Gegenstände.
- b) Fußspuren, Gangbilder.
- c) Spuren mitgeführter Gegenstände, Stock- und Schirmspuren.
- d) Werkzeugspuren.
- e) Spuren von Beförderungsmitteln.
- f) Blutspuren. 8 Std.
- 3. Das Fingerabdruckwesen. 4 Std.
- 4. Das Kriminaltechnische Institut und die kriminaltechnischen Untersuchungsstellen. 1 Std.
- 5. Die kriminaltechnische Aufklärung von Schußdelikten.
Der Schußwaffenerkennungsdienst. 2 Std.
- 6. Weitere Beispiele aus der Arbeit des KTI. 4 Std.
- 7. Aus dem Gebiete der gerichtlichen Medizin:
Leichenerscheinungen und Todesursachen. 4 Std.

D. Die Aufklärung in Spezialfällen.

- 1. Das Vorgehen bei der Todesermittlung
- a) allgemein,
- b) bei Selbstmordfällen, 3 Std.
- c) Feststellung unbekannter Toter und Ermittlung Vermißter. 1 Std.
- 2. Brandermittlung. 2 Std.
- 3. Diebstahlsbekämpfung. 2 Std.
- 4. Betrugs- und Korruptionsbekämpfung. 3 Std.

E. Kriminalpolizeiliche Verbrechensvorbeugung.

- 1. Lose Überwachung.
Planmäßige Überwachung.
Polizeiliche Vorbeugungshaft. 2 Std.

- 2. Kriminalbiologie im Dienste der Verbrechensvorbeugung. 2 Std.
(Das Kriminalbiologische Institut der Sicherheitspolizei.
Das kommende Gemeinschaftsfremdengesetz.)

F. Die Bekämpfung der Jugendkriminalität.

- 1. Die weibliche Kriminalpolizei.
 - 2. Jugendschutzlager. 2 Std.
- 80 Std.
- Wiederholung 10 Std.
- 90 Std.

IV. Gegnerbekämpfung.

Anmerkung:

(1) Der staatspolizeiliche Unterricht verfolgt nicht den Zweck, den Anwärtern eine Registratur von Bestimmungen oder ein theoretisches Skelettwissen zu vermitteln. Vielmehr soll der Lehrer, aus der Praxis schöpfend, Übungsmäßig unter ständiger Heranziehung praktischer Beispiele staatspolizeiliches Denken lehren.

(2) Um den Anwärtern im Lehrgang den neuesten Stand der Gegnerbekämpfung zu vermitteln, stellt das Geh. Staatspolizeiamt nach vorheriger Vereinbarung Referenten zu Spezialvorträgen zur Verfügung.

(3) Auch für den staatspolizeilichen Unterricht steht im Hinblick auf die gemeinsame staatspolizeiliche und kriminalpolizeiliche Ausbildung, die ohne entsprechende Verlängerung des Lehrgangs durchgeführt werden muß, nur eine beschränkte Anzahl von Stunden zur Verfügung. Voraussetzung für einen erfolgreichen Unterricht in der Sicherheitspolizeischule ist daher, daß die Anwärter der Stapo eine gründlegende und umfassende praktische Anschauung von den Einrichtungen und Arbeitsgebieten der wichtigsten Dienststellen ihrer Heimatbehörde mitbringen.

(4) Desgleichen haben die Dienststellen der Kripo dafür Sorge zu tragen, daß auch ihren Anwärtern Gelegenheit gegeben wird, einen Einblick in die Tätigkeit der Stapo zu erhalten. Die Anwärter müssen eine praktische Anschauung von

- dem Stapo-Karteiwesen,
- dem Stapo-Fahndungswesen,
- der praktischen Handhabung der Schutzhaft,
- der Behandlung der Geheimsachen (Verschlusssachenanweisung),
- der Behandlung der V-Leute

haben und sollen nach Möglichkeit auch in die Arbeit folgender Dienststellen: Bekämpfung des Marxismus, der Juden, der politischen Kirche und vor allem in die Arbeit der Abwehrdienststelle wenigstens einen Einblick genommen haben.

A. Die Geschichte der Geh. Staatspolizei.

- 1. Der Begriff der politischen Polizei.
- 2. Die Entwicklung und die Aufgaben der Geheimen Staatspolizei. 2 Std.
- 3. Der Aufbau der Geh. Staatspolizei. 2 Std.

B. Die staatspolizeiliche Bearbeitung der innerpolitischen Angelegenheiten.

Gegner:

Anmerkung: Der Gegner in seinen geistigen Grundelementen wird unter I: „H-mäßige und politisch-weltanschauliche Erziehung“ gelehrt.

- 1. Der Kommunismus.
- a) Die Organisation der Komintern.
- b) Die KPD. und ihre Taktik.

c) Organisation und Methoden des kommunistischen Kampfes (Internationale Paßfälscherorganisation, Am- und BB-Apparat, Sabotage- und Terrorakte, bewaffneter Aufstand).		— Totales Erkennen des Gegners und der Bedeutung seiner Angriffs- und Zerstörungsabsichten.	
d) Der neueste Stand der Bekämpfung des Kommunismus.	7 Std.	— Kriminalistisches Ermitteln seiner Arbeitsweise und Taktik.	
2. Die Bekämpfung der politischen Kirche.	2 Std.	(Äußeres Erscheinungsbild, angebliche Ziele, Tarnung der wirklichen Ziele, Stärke, Anhängerkreis, Finanzierung, Verbindungen, Organisation, Betätigungsart, Kampfmethoden und -mittel, Nachrichtenquellen, Kurierdienst, Anlaufstellen, akute Ziele usw.).	2 Std.
3. Die staatspolizeiliche Behandlung der Judenfrage.	2 Std.	3. Geheimsachen. Verschlusssachenanweisung.	1 Std.
4. Die Reaktion und ihre staatspolizeiliche Behandlung.	2 Std.	4. Staatspolizeiliches Fahndungswesen.	1 Std.
5. Die staatsfeindliche Betätigung von Ausländern in Deutschland. Die staatspolizeiliche Behandlung fremden Volkstums.	4 Std.	5. Das Karteiwesen der Geh. Staatspolizei.	2 Std.
Politisches Verbrechen. Staats- und gemeinschaftsschädigendes Verhalten:		6. Überwachungen.	2 Std.
6. Begriffe. Grundsätzliches.	1 Std.	7. Die Durchführung der staatspolizeilichen Vernehmung.	2 Std.
7. Formen und Mittel der Feindpropaganda und Zersetzungstätigkeit (illegale Druckschriften, Flüsterpropaganda, ausländische Sender usw.).	5 Std.	8. Staatspolizeiliche Vorbeugungsmaßnahmen.	
8. Die Bekämpfung der Sabotage.		a) Erteilung von Auflagen.	
a) Begriff, Angriffsziele, Täterkreis, Motive und Ausführungsarten (aktive Maßnahmen und passiver Widerstand).	1 Std.	b) Die staatspolizeiliche Warnung.	
b) Die verfolgende und vorbeugende Bekämpfung und Aufklärung von Sabotageakten, insbesondere die Feststellung des objektiven Tatbestandes.	4 Std.	c) Das staatspolizeiliche Sicherungsgeld.	2 Std.
9. Die Bekämpfung des politischen Attentats.	1 Std.	9. Besonderheiten der staatspolizeilichen Freiheitsentziehung:	
Schutzobjekte:		a) Grundsätzliches.	
10. Abwehr.		b) Die staatspol. vorläufige Festnahme.	
a) Begriff der Spionage, Ziele und Angriffsobjekte, Begehungsformen, Arbeitsmethoden, Hilfsmittel und Nachrichtenquellen des gegnerischen Nachrichtendienstes.		c) Die Schutzhaft.	
b) Aufgaben und Ziele, Gesamtorganisation, verfolgende und vorbeugende Abwehr, abwehrpolizeiliches Fahndungswesen.	6 Std.	d) Die Einweisung in ein Arbeitslager.	2 Std.
c) Die staatspolizeiliche Behandlung der Fremdenlegionäre, Refraktäre, Deserteure und Prestatäre.	1 Std.	10. Grenzpolizeiliche Dienstkunde.	
11. Geh. Staatspolizei und Wirtschaft.	2 Std.	a) Die Aufgaben der Sicherheitspolizei an der Grenze.	2 Std.
12. Schutzdienst.	1 Std.	b) Einführende Übersicht über das Paß- und Ausweiswesen.	2 Std.
C. Die Arbeitsweise, Einrichtungen und Hilfsmittel der Geh. Staatspolizei.		c) Praxis der Paßnachschau. Bekämpfung von Paß- und Ausweisfälschungen.	3 Std.
1. Die Quellen zur Erlangung der Kenntnis von staatspolizeilich interessierenden Vorgängen. Die Zusammenarbeit mit V-Leuten.	2 Std.		66 Std.
2. Die allgemeinen Richtpunkte für die Erkennung und Erfassung gegnerischer Bestrebungen.		V. Nachrichtendienst.	
— Völliges Erfassen des Gegners in seinem geistigen Grundelement.		1. Aufgaben, Entwicklung und Organisation des Inlandsnachrichtendienstes.	4 Std.
		2. Die Aufgaben des Auslandsnachrichtendienstes.	2 Std.
			6 Std.
		VI. Deutsch- und Erdkundeunterricht.	
		1. Im Geographieunterricht soll (in Ergänzung des Unterrichts über „Raum und Politik“ und „politische Tagesfragen“ im Rahmen der 4-mäßigen und politisch-weltanschaulichen Erziehung) die Erdkunde unter Berücksichtigung der wichtigsten wirtschaftsgeographischen und politischen Gegenwartsfragen gelehrt werden.	1 × wöchentl. 1 Std.
			rd. 15 Std.

2. Der Deutschunterricht, der wöchentlich einmal mit je 1 Stunde stattfindet, stellt eine allgemeine Überholung dar und erstreckt sich auf
 - Diktate,
 - Stilübungen (vor allem Hinweise auf fehlerhaftes Amtsdeutsch),
 - freie Wiedergabe von Stoffen aus dem dienstlichen und dem täglichen Leben,
 - Niederschriften,
 - mündliche und schriftliche Berichterstattung

rd. 20 Std.

Voraussetzung ist, daß die Anwarter die Rechtschreibung, Satz- und Wortlehre und die Satzzeichenlehre beherrschen.

Daher haben in den Heimatdienststellen die Vorgesetzten, soweit nicht ein Deutschunterricht von Amts wegen eingeführt ist, dafür Sorge zu tragen, daß die Anwarter sich selbst fortbilden, wie auch sonst auf eine gelenkte Eigenfortbildung der Anwarter größter Wert zu legen ist.

Als Lehrbücher für den Selbstunterricht werden empfohlen:

1. Regeln für die deutsche Rechtschreibung, herausgegeben im Auftrage des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Weidmannsche Verlagsbuchhandlung, Berlin; RM 0,27.
2. Gutes Deutsch für Erwachsene, ein unterhaltendes Lehrbuch in 2 Teilen, Verlag für Verkehrswirtschaft GmbH, Berlin SW 68, Friedrichstraße 213; RM 1,— (1. Teil), RM 1,20 (2. Teil).
3. Sprach- und Rechtschreibungsklippen von Paul Grunow, Kommissionsverlag Ernst Krüger, Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 147; RM 2,10.

Sobald im Laufe des Lehrgangs bei einem Anwarter mangelhafte Kenntnisse in der deutschen Sprache festgestellt werden, muß der Anwarter den Lehrgang abbrechen. In minder schweren Fällen wird bei der Abschlußprüfung festgestellt, daß der Lehrgang erst dann als bestanden gilt, wenn durch eine Prüfung innerhalb des folgenden Jahres (zeitigstens nach ½ Jahr) im Standort bewiesen ist, daß die Lücken in den Kenntnissen der deutschen Sprache ausgefüllt sind.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 255.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Ausgabe A

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 42

Berlin, den 19. September 1942

3. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Heinz Gerhahn, Kriminalkommissar, Reichssicherheitshauptamt, im Juli 1942

Justus Schuster, SS-Obersturmführer, Kriminalkommissar, Staatspolizeistelle Berlin, im Juli 1942

Rudi Elchlepp, SS-Hauptsturmführer, Regierungsrat, SD-Außenstelle Kehl, im Juli 1942

Kurt Mootz, SS-Untersturmführer, SD-Hauptaußenstelle Darmstadt, im Juli 1942

Karl Krempel, a.pl. Kriminalassistent, Kriminalpolizeistelle Wuppertal, im Juli 1942

Dr. Karl Kopfmann, SS-Untersturmführer, SD-Außenstelle Nürtingen, im Juli 1942

Ernst-Günther Böwig, Staffelführer, Reichssicherheitshauptamt, im Juli 1942

Hans-Ludwig Schmidt, SS-Oberscharführer, SD-Hauptaußenstelle Augsburg, im Juli 1942

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Georg Nowak, SS-Oberscharführer, Kriminalangestellter beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Radom, im Juni 1942

Wilhelm Nicola, SS-Hauptscharführer, Kriminalsekretär, Gemeinde-Kriminalpolizei Viersen, im Juni 1942

Kurt Burkhardt, SS-Obersturmführer, Kriminalkommissar, Staatspolizeistelle Kiel, im Juni 1942

Siegfried Frischenschlager, SS-Sturmann, SS-Reservist beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Minsk, im Juni 1942

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

In Vertretung

Streckenbach

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 14. 8. 42 Dienstweg der EWZ. Litzmannstadt in $\S$ -Personalangelegenheiten. S. 266. — RdErl. 3. 9. 42 Anerkennungen. S. 266. — RdErl. 4. 9. 42 Ausnahme vom Verbot der dtchspr. Auslandspresse. S. 266. — RdErl. 8. 9. 42 Erholungsurlaub für beschädigte Angehörige der Sich.Pol. u. des SD. S. 266. — RdErl. 8. 9. 42 Metallmobilisierung in der öffentl. Verwaltung. S. 267. — RdErl. 9. 9. 42 Beschaffung von Medikamenten. S. 267. — RdErl. 9. 9. 42 Devisenbewirtschaftung, Grenzwechselstellen u. Reichskreditkassen. S. 267. — RdErl. 9. 9. 42 Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädli. u. unerwünschten Schrifttums eingereiht sind. S. 267. — RdErl. 9. 9. 42 Verbot ausländischer

Druckschriften. S. 267. — RdErl. 10. 9. 42 Aufgaben u. Anschriften der Beschaffungsstelle der Sich.Pol. u. d. Bekleidungslieferstelle Berlin. S. 267. — RdErl. 11. 9. 42 Erbschaftssteuer am Nachlaß von gefallen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD. S. 268. — RdErl. 14. 9. 42 Bearbeitung von Eingaben an Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD. S. 268.

SD-Angelegenheiten. RdErl. 5. 9. 42 Anerkennungsschreiben des RFH. S. 268. — RdErl. 8. 9. 42 Zusammenarbeit der Justizbehörden mit dem Sicherheitsdienst des RFH (SD). S. 269.

Verschiedenes. Verlust von Dienstaussweisen u. Erkennungsmarken. S. 269.

Personalmitteilungen. S. 269.

Sicherheitspolizei und SD

Dienstweg der EWZ. Litzmannstadt in $\S$ -Personalangelegenheiten.

RdErl. des RSHA. vom 14. 8. 1942

— I A 5 Az. SA 2-3 —

(1) Aus Zweckmäßigkeitsgründen hat die EWZ. Litzmannstadt mit sofortiger Wirkung eine eigene Personalstelle zu errichten, durch die auch die $\S$ -Personalangelegenheiten der EWZ. Litzmannstadt zu bearbeiten sind.

(2) Der Dienstweg für die EWZ. Litzmannstadt wird wie folgt festgelegt:

Beförderungsvorschläge seitens der EWZ. Litzmannstadt sind grundsätzlich der zuständigen Heimatdienststelle des Beamten, Angestellten oder hauptamtlichen SD-Angehörigen vorzulegen, die ihrerseits diese Vorschläge a. d. D. dem RSHA. weiterzuleiten hat, soweit es sich um Angehörige der Sich.Pol. u. des SD handelt.

(3) Hinsichtlich der Erstellung von Uniformausweisen und allen sonstigen Personalangelegenheiten werden der EWZ. Litzmannstadt die gleichen Befugnisse wie den Befehlshabern der Sich.Pol. u. des SD zugestanden.

(4) Die Zwischenschaltung des Inspektors der Sich.Pol. u. des SD in Posen entfällt somit. Personalvorgänge von $\S$ -Angehörigen der EWZ. Litzmannstadt, die beim Inspekteur in Posen vorhanden sind, sind an die EWZ. Litzmannstadt abzugeben.

(5) Beförderungsvorschläge, die hauptamtliche SD-Angehörige der EWZ. Litzmannstadt betreffen, werden vor ihrer Bearbeitung durch das Ref. I A 5 des RSHA. III B zur Stellungnahme zugeleitet.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 266.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 3. 9. 1942

— I A 1 b Nr. 164/42 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer- $\S$ u. Chef der Deutschen Polizei im RMdI. dem

1. Kriminalrat Otto Koslowsky,
2. Kriminalsekretär Leopold Eibl,
3. Kriminaloberassistenten Johann Zehetmayer und
4. apl. Kriminalassistenten Ernst Florian,

alle von der Staatspolizeileitstelle Brünn, durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für besondere fachliche Leistungen ausgesprochen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 266.

Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse.

RdErl. des RFH u. ChdDtPol. i. RMdI. vom 4. 9. 1942
— S IV C 3 Nr. 4221/F —

Im Benchmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird nachstehend aufgeführte Zeitung ab sofort von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse ausgenommen:

„Grenzwach“, Esseg/Kroatien.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 266.

Erholungsurlaub für beschädigte Angehörige der Sicherheitspolizei u. des SD.

RdErl. des RFH u. ChdDtPol. i. RMdI. vom 8. 9. 1942
— S I A 1 a Nr. 587/41 —

Im Anschluß an den RdErl. vom 2. 12. 1941 — S I A 1 a Nr. 587/41 — (Befehlsbl. S. 267) teile ich nachstehenden RdErl. des Reichsmin. des Innern zur Kenntnisnahme und Beachtung mit.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 266.

Anlage:

Erholungsurlaub für beschädigte Beamte
sowie für beschädigte Angestellte und Arbeiter
im öffentl. Dienst.

RdErl. d. RMdI. zgl. i. N. d. OKW., d. RFM. u. d. RAM.
v. 11. 8. 1942 — II a 1621/42-6460

(1) In dem RdErl. v. 27. 10. 1941 (MBHv. S. 1911) ist in den Abs. 1 und 3 u. a. bestimmt, daß beschädigten Beamten sowie Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mindestens 30 und weniger als 50 v. H. ein Zusatzurlaub von 3 Werktagen gewährt werden kann.

(2) Dieser Urlaub darf in Erweiterung des RdErl. v. 27. 10. 1941 schon dann gewährt werden, wenn eine Minderung der Erwerbsfähigkeit um mindestens 25 v. H. vorliegt. — MBHv. S. 1665.

Metallmobilisierung in der öffentlichen Verwaltung.

RdErl. des RSHA. vom 8. 9. 1942

— II C 3 Nr. 2869/42-264-10 —

Nachstehender RdErl. des RmDI. wird im Nachgang zum RdErl. vom 4. 8. 1942 (Befehlsbl. S. 217) zur Kenntnis und Beachtung bekanntgegeben.

An Sicherheitspolizei u. SD (ohne Protektorat, Gen.-Gouvernement u. besetzte Gebiete).

— Befehlsblatt S. 267.

Anlage:

(Auszug)

Der Reichsminister des Innern

Z 638/42

5140 b

Berlin, den 11. 8. 1942.

Betrifft: Metallmobilisierung in der öffentlichen Verwaltung.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister und dem Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung weise ich noch auf folgendes hin:

- 1.—2. — für Sich.Pol. u. SD ohne Bedeutung —.
3. Befinden sich die öffentlichen Verwaltungen oder Einrichtungen in angemieteten Privaträumen, so ist über eine Ablieferung von im Privatbesitz befindlichen Gegenständen eine Verständigung mit dem Eigentümer zu suchen. Die Abgabe erfolgt nur mit dessen Zustimmung.
4. Von der Ablieferung ist abzusehen
 - a) bei Gegenständen, die für die Aufrechterhaltung des Betriebes nicht entbehrt werden können oder deren Ersatz durch Austauschstoffe nicht möglich ist,
 - b) bei Gegenständen von besonderem wissenschaftlichem, künstlerischem oder geschichtlichem Wert.
 Bei der Prüfung ist ein scharfer Maßstab anzulegen.
5. Die Verantwortung für die Durchführung der Maßnahmen trägt nach dem Erlaß des Herrn Reichswirtschaftsministers grundsätzlich der Dienststellenleiter (bei auszubauenden Gegenständen im Einvernehmen mit der Baubehörde).
6. Die Feststellung, ob ein Gegenstand von besonderer künstlerischer, wissenschaftlicher oder geschichtlicher Bedeutung und deshalb nicht abzuliefern ist, trifft bei Gegenständen, die der Zeit vor 1860 entstammen, der zuständige Denkmalpfleger. Die Entscheidung bei Gegenständen aus späterer Zeit bleibt grundsätzlich dem Dienststellenleiter (Ziff. 5) vorbehalten.

Beschaffung von Medikamenten.

RdErl. des RSHA. vom 9. 9. 1942

— I. San. Nr. 81/42 —

(1) Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 31. 7. 1942 — I. San. Nr. 43/42 — (Befehlsbl. S. 217) wird nochmals darauf hingewiesen, daß aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und zwecks fachlicher Prüfung sämtliche Bestellungen von Medikamenten, Verbandstoffen usw. der Dienststelle des leitenden Arztes beim RSHA. zuzuleiten sind.

(2) Beschaffungen in Apotheken sind nur in dringenden Fällen ausnahmsweise statthaft.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 267.

Devisenbewirtschaftung.

Grenzwechselstellen und Reichskreditkassen.

RdErl. des RSHA. vom 9. 9. 1942

— II C 2⁴/Dev.St. Nr. 5638/42-290 b-1 —

(1) Nach Mitteilung der Hauptverwaltung der Reichskreditkassen ist am 22. 8. 1942 in Woroschilowgrad eine Reichskreditkasse eröffnet worden.

(2) Das mit RdErl. vom 5. 8. 1942 — II C 2⁴/Dev.St. Nr. 5508/42-290 b-1 — (Befehlsbl. S. 228) mitgeteilte Verzeichnis ist entsprechend zu ergänzen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 267.

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind.

RdErl. des RSHA. vom 9. 9. 1942

— IV C 3 Nr. 4174/B —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 (neu) Nr. 4174/B — (Befehlsbl. S. 103) teile ich folgende Druckschriften mit, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

Scheibenpflug, Heinz: „Rumänien-Reise — vom Urwald zum Meer“, Verlag Bermühler, Berlin-Lichterfelde;

Niedermayer: „Ibero-Amerika“, Verlag B. G. Teubner, Berlin;

Seibert, Th.: „Das rote Rußland“, Verlag Knorr und Hirth, München, 1932;

Dr. Lutz, Werner: „Die Haftung der Eisenbahn aus Frachtverträgen nach internationalem Eisenbahnrecht“, Verlag K. Triltsch, Würzburg-Aumühle;

Gagliardi, Ernst: „Bismarcks Entlassung“, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), H. Laupp'sche Buchhandlung, Tübingen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 267.

Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RFH u. ChdDtPol. i. RmDI. vom 9. 9. 1942

— S IV C 3 Nr. 8552/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung des Buches

„Gott sitzt im Regimente“ von Pfarrer Karl Fueter, Evangel. Verlag A. G. Zollikon-Zürich, 1942,

verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 267.

Aufgaben und Anschriften der Beschaffungsstelle der Sich.Pol. und der Bekleidungslieferstelle Berlin.

RdErl. des RSHA. vom 10. 9. 1942

— II C 2⁵ Nr. 9235/42 —

(1) Beim Reichssicherheitshauptamt bestehen seit einigen Monaten

a) eine Beschaffungsstelle der Sich.Pol. u. des SD für Bekleidung und Ausrüstung und

b) eine Bekleidungslieferstelle Berlin.

(2) Die Beschaffungsstelle der Sich.Pol. in Berlin ist die zentrale Dienststelle für die Beschaffung, Lagerung und Verteilung der Bekleidung und Ausrüstung für alle Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD.

(3) Die Bekleidungslieferstelle Berlin ist zuständig für die Bekleidungswirtschaft (Einzelausstattung) folgender Dienststellen:

Reichssicherheitshauptamt,
Staatspolizeileitstelle Berlin,
Kriminalpolizeileitstelle Berlin,
Staatspolizeistelle Potsdam,
Kriminalabteilung Potsdam,

und die Einzelausstattung von versetzten oder zum Einsatz abgeordneten Angehörigen der Sich.Pol., soweit deren Einkleidung bei der Bekleidungslieferstelle Berlin angeordnet wird.

(4) Die Beschaffungsstelle der Sich.Pol. u. des SD und die Bekleidungslieferstelle Berlin unterstehen dem Ref. II C 2⁵ im RSHA. Der gesamte Schriftwechsel — mit Ausnahme des Belegwechsels — ist deshalb an das RSHA. — Ref. II C 2⁵ — zu richten.

(5) Die Beschaffungsstelle wird am 11. September 1942 nach Berlin W 35, Joachimstaler Str. 13, verlegt. Nächster S-Bahnhof: „Zoologischer Garten“, nächster Güterbahnhof: „Berlin-Charlottenburg“.

(6) Die Bekleidungslieferstelle Berlin bleibt in Berlin C 2, Burgstr. 26. (Nächster S-Bahnhof: „Börse“, nächste Güterbahnhöfe: „Anhalter u. Potsdamer Bahnhof“).

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 267.

Erbschaftssteuer am Nachlaß von gefallenem Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD.

RdErl. des RSHA, vom 11. 9. 1942
— II A 1 Nr. 180/42-160 —

(1) Durch Erlaß vom 23. 2. 42 — S. 3836 A — 69 III b — (Reichssteuerbl. S. 273) hat der Reichsmin. d. Finanzen bestimmt, daß von den Finanzämtern Erbschaftssteueransprüche in Erbfällen von Wehrmachtsangehörigen und ihnen gleichgestellten Personen, die in dem gegenwärtigen Kriege gefallen sind, nicht geltend gemacht werden dürfen. Bereits gezahlte Steuerbeträge sind zu erstatten. Gefallen im Sinne dieses Erlasses ist auch, wer an den Folgen einer während des gegenwärtigen Krieges erlittenen Wehrmachtsbeschädigung oder einer dieser gleichzu-

stellenden Beschädigung gestorben oder wer verschollen ist.

(2) Als den Wehrmachtsangehörigen gleichgestellte Personen im Sinne dieses Erlasses (Ziff. 1 bis 4) gelten auch die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD, die während des Einsatzes gefallen, infolge einer während des Einsatzes erlittenen Beschädigung verstorben oder während des Einsatzes verschollen sind. „Im Einsatz“ im Sinne dieses Runderlasses befinden sich alle Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD, die bei einer Dienststelle oder Formation der Sich.Pol. u. des SD im Kriegsgebiet oder den vom Deutschen Reich besetzten Gebieten tätig sind.

(3) Um Beachtung, vor allem bei der Betreuung der Hinterbliebenen von Gefallenen der Sich.Pol. u. des SD wird ersucht.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 268.

Bearbeitung von Eingaben an Dienststellen der Sicherheitspolizei u. des SD.

RdErl. des ChdSPudSD, vom 14. 9. 1942
— II A 1 Nr. 664/42-151 —

(1) Bei der Bearbeitung von Eingaben aller Art, sowohl von außenstehenden Personen als auch von Dienststellenangehörigen von Sich.Pol. u. SD durch die Dienststellen führt die in der Arbeitsüberlastung begründete Uneinheitlichkeit in der zeitlichen Erledigung häufig zu unerwünschten Weiterungen.

(2) Sofern sich eine alsbaldige Erledigung einer Eingabe aus sachlichen Gründen — notwendige Erörterungen usw. — als unmöglich erweist, ist dem Absender spätestens nach 14 Tagen ein Zwischenbescheid zu erteilen, der ihm anzeigt, daß seine Eingabe in Bearbeitung genommen wurde. Die dadurch entstehende Mehrarbeit kann wirksam verringert werden, indem für derartige Zwischenbescheide ein vorgedrucktes und vervielfältigtes Formular folgenden Inhalts verwendet wird:

„Ihr Schreiben ist hier eingegangen. Seine Bearbeitung erfordert im Hinblick auf die bestehende Arbeitsüberlastung etwas längere Zeit. Zum gegebenen Zeitpunkt werden Sie endgültige Antwort erhalten.“

(3) Die auf diese Weise dem Absender angezeigte Bearbeitung seiner Eingabe ist mit Nachdruck zu betreiben und zu beenden.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 268.

SD-Angelegenheiten

Anerkennungsschreiben des Reichsführers- $\mathbb{H}$.

RdErl. des RSHA, vom 5. 9. 1942
— I A 4 Ga 131 —

(1) Durch den RdErl. des ChdSPudSD, vom 11. 6. 1940 — I C (a) 1 Nr. 312/40 — (Befehlsbl. 1940 S. 53) wurde bekanntgegeben, daß der Reichsführer- $\mathbb{H}$ die fachlichen Leistungen der Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD, die über dem normalen Durchschnitt stehen, durch ein persönliches Schreiben anerkennen wird. Bisher wurden entsprechende Anträge für SD-Angehörige von den unterstellten Dienststellen nicht eingereicht, obwohl zweifellos zahlreiche SD-Angehörige (haupt- und ehrenamtliche), sowohl auf nachrichtnemäßigem als auch organisatorischem Gebiete, hervorragende Leistungen aufzuweisen haben.

Es sind daher die Fälle festzustellen, in denen nach dem Wortlaut des obigen Erlasses eine Anerkennung durch den Reichsführer- $\mathbb{H}$ in Vorschlag zu bringen wäre. Diese Regelung gilt nicht nur für die Heimat-, sondern auch für alle Einsatzdienststellen. Die entsprechenden Anträge sind an das RSHA. — I A 4 — zu richten. Hier werden sie im Einvernehmen mit den zuständigen Sachämtern einheitlich überprüft und an die zuständige Stelle weitergeleitet.

(2) Da anzunehmen ist, daß bei einer Reihe von Einsatzdienststellen der oben angezogene Erlaß nicht vorliegt, wird er nachstehend nochmals im Wortlaut bekanntgegeben:

„(1) Der Reichsführer- $\mathbb{H}$ wird in Zukunft Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD, die sich durch hervorragende fachliche Leistungen, welche tat-

sächlich über dem normalen Durchschnitt stehen, ausgezeichnet haben, durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung aussprechen.

(2) Die Anerkennungsschreiben, von denen Abschrift zu den Personalakten zu nehmen ist, sollen als Unterlage dienen, um die betreffenden Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD bei anstehenden Beförderungen jeweils um ein halbes oder ein ganzes Jahr bevorzugt zu befördern.“

An die SD-Dienststellen. — Befehlsblatt S. 268

Zusammenarbeit der Justizbehörden mit dem Sicherheitsdienst des Reichsführers- $\mathbb{H}$ (SD).

RdErl. des RSHA. vom 8. 9. 1942

— II A 1 Nr. 1057 IV/41-151 —

Die als Anlage abgedruckte AV. des Reichsjustizministers gebe ich zur Kenntnis und Beachtung bekannt.

An alle SD-Dienststellen. — Befehlsblatt S. 269.

Anlage:

Zusammenarbeit der Justizbehörden mit dem Sicherheitsdienst des Reichsführers- $\mathbb{H}$ (SD).

AV. des RJM. vom 3. 8. 1942 (4606/1 — IV. a⁴ 1512).
— Deutsche Justiz S. 521 —

1. Der Sicherheitsdienst des RF $\mathbb{H}$ (SD) hat als Nachrichtenorganisation für Partei und Staat ins-

besondere die Aufgabe, die Führungsstellen des Reichs über die stimmungsmäßigen Auswirkungen behördlicher Maßnahmen in der Bevölkerung zu unterrichten. Der SD wird damit auch in staatlichem Auftrag tätig. Das erfordert ein enges und verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen dem SD und den Justizbehörden. Auf Anfragen des SD ist deshalb im gleichen Umfange Auskunft zu erteilen, wie wenn es sich um Anfragen einer anderen staatlichen Behörde an die Justizbehörden handelt. Im gleichen Umfange hat der Chef der Sicherheitspolizei und des SD die Dienststellen des SD zur Auskunfterteilung an die Justizbehörden verpflichtet.

2. Der Verkehr zwischen dem SD und dem Reichsminister der Justiz erfolgt durch den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, der Verkehr zwischen dem SD und den übrigen Justizbehörden durch die SD-(Leit)Abschnitte. Der Verkehr zwischen den Justizbehörden und dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD erfolgt durch den Reichsminister der Justiz, der Verkehr zwischen den Justizbehörden und den sonstigen SD-Dienststellen durch die OLG- und LG-Präsidenten oder durch die General- und Oberstaatsanwälte. In Zweifelsfällen ist meine Entscheidung einzuholen, die ich im Einvernehmen mit dem RF $\mathbb{H}$ treffen werde.

3. Der SD ist personell und organisatorisch eine Einrichtung der Partei. Die Mitarbeit im SD steht daher einer Tätigkeit in der Partei gleich und wie diese selbstverständlich allen Beamten und Angestellten der Reichsjustizverwaltung offen.

Verschiedenes

Verlust von Dienstaussweisen und Erkennungsmarken.

Der Dienstaussweis Nr. 1704, ausgestellt für den Kriminalrat Max Maurer, Staatspolizeileitstelle Düsseldorf, der Dienstaussweis Nr. 2464, ausgestellt für den Kriminalangestellten (Krafffahrer) Theodor Pawlack, Staatspolizeistelle Köslin, der Dienst-

aussweis Nr. 5953, ausgestellt für den Kriminaloberassistenten August Hoppach, Staatspolizeistelle Kassel, sowie die Erkennungsmarke der Geh. Staatspolizei Nr. 15 258 sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt. Bei Auffindung wird um umgehende Übersendung an das RSHA., Ref. I A 1, ersucht.

(I A 1 a Nr. 388/41)

— Befehlsblatt 1942 S. 269.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Ob.Reg.Rat: $\mathbb{H}$ -Sturmchefführer Reg.Rat Huppenkoth.

Abgeordnet: Pol.Insp. Trojanus n. Prag.

Versetzt: Pol.Ob.Insp. Thomaß z. Kdr. Krakau.

Inspektoren, Befehlshaber u. Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Krim.Rat: Krim.Komm. Max Müller (Krakau).

Beauftragt m. d. Vertretung des Befh. in Kiew im Behinderungsfall: $\mathbb{H}$ -Obersturmchefführer Dr. Ehrlinger, zgl. Kdr. Kiew.

Eingestellt in den Probendienst der Sich.Pol. unter Berufung in das Beamtenverhältnis: die $\mathbb{H}$ -Hauptsturmchefführer Assessoren Werner Brandt, Stapoleitst. Königsberg, unter gleichz. Abordnung z. Insp. Königsberg, u. Fritz Pflüger, Stapoleitst. Danzig, unter gleichz. Abordnung z. Insp. Danzig.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Reg.Rat: $\mathbb{H}$ -Hauptsturmchefführer Reg.-Assessor Günter Fentz (Darmstadt);

zum Krim.Rat: die Krim.Komm. Wilhelm Schultze u. Pannwitz (beide Prag);

zum Krim.Komm.: Krim.Insp. Gallus (Prag), die $\mathbb{H}$ -Untersturmchefführer Hilfs-Krim.Komm. Schüppenhauer (Graz) u. Rack (Wien).

Versetzt: $\mathbb{H}$ -Sturmchefführer Reg.Rat Weygandt (Litzmannstadt) n. Düsseldorf (zgl. als Vertr. des Leiters);

die Reg.Räte: Dr. Friedrich Mayer (Wien) z. Befh. Metz (zgl. als Vertr. des Befh.) u. Dr. Alfons Rosse (Wien) n. Litzmannstadt (zgl. als Vertr. des Leiters).

Abgeordnet: $\mathbb{H}$ -Sturmchefführer Reg.Rat Walter Hofmann (Hamburg) zur Gauleitung Ost-Hannover in Lüneburg.

Kriminalpolizei(leit)stellen u. Krim.Abteilungen.

Abgeordnet: $\mathbb{H}$ -Obersturmchefführer Ob.Reg. u. Krim.Rat Philipp Greiner (Nürnberg) n. Hamburg als Leiter, $\mathbb{H}$ -Sturmchefführer Reg. u. Krim.-Rat Dr. Riese (Düsseldorf) n. Nürnberg als Leiter.

Berichtigung: Im Befehlsbl. 1942 S. 253 muß es unter „Versetzt“ richtig lauten: **W-Obersturmbannführer** Ob.Reg. u. Krim.Rat Dr. Brächta (Wien) n. Königsberg als Leiter; die Reg. u. Krim.Räte Dr. Schulze (Königsberg) zum RSHA.-V u. Dr. Wächter (RSHA.-V) zur KPLSt. Berlin.

SD.

Ernannt: **W-Hauptsturmführer** Martin Nitzsche zum Hilfsref. im RSHA.-VII;

die **W-Untersturmführer** Rudolf Meßner zum Leiter einer ASt. beim SD-A. Klagenfurt u. Heinrich König zum Leiter einer ASt. bei der SD-HA. Würzburg.

Versetzt: die **W-Hauptsturmführer** Olaf Sigismund u. Albert Eichholz zum RSHA.-III; die **W-Untersturmführer** Helmut Alshuth zum SD-A. Halle und Rudolf Bergelt zum SD-LA. Dresden.

Kommandiert: **W-Obersturmbannführer** Ott (bisher E.-Gr. B) n. Saarbrücken als Führer des SD-A. (Rückkommandierung); **W-Untersturmführer** Gustav Steinmetz zum RSHA.-VI (Rückkommandierung).

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Krim.Ob.Sekretär: Krim.Sekretär Otto Pflüger (Krim.Abtg. Baden-Baden).

— Befehlsblatt 1942 S. 269.

Nur für

Numm

Sicherh
dung
10. 9.
— Rd
S. 273
RdEr
Sich.P
satz h
nung.

I. B

(1)
pflichte
im Rei
u. Mäh
kasse-W
als Ver
Reichsg
geltl

(2)
form n
dem lin
W-Führ
mit sch
die W-
Sicherh

2. A
Zu
schrift
Beklei
sonder
Ausrüs
beutel,
sind, v
eine E

De
lage A
von 5

4.
SD
Dienst
kasse-

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 43

Berlin, den 26. September 1942

3. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitsdienst u. SD. RdErl. 1. 9. 42 Dienstkleidung der SD-Angehörigen. S. 271. — RdErl. 10. 9. 42 Verbot von ausl. Druckschriften. S. 273. — RdErl. 11. 9. 42 Verbot des Tragens des Degens. S. 273. — RdErl. 12. 9. 42 Bergpolizei. S. 273. — RdErl. 16. 9. 42 Beurteilung von Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD, die sich im auswärtigen Einsatz befinden. S. 275. — RdErl. 18. 9. 42 Anerkennung. S. 276. — RdErl. 19. 9. 42 Kürzung von Be-

zugsabschn. der 3. Reichskleiderkarte f. Uniformträger der Sich.Pol. u. des SD. S. 276. — RdErl. 19. 9. 42 Beihilfengrundsätze. S. 276. SD-Angelegenheiten. RdErl. 15. 9. 42 Verwaltungsvereinfachung; hier: Darlehensanträge an die Spargemeinschaft-W. S. 277. Verschiedenes. Berichtigung zum Verzeichnis der Krim.Pol.(Leit)Stellen. S. 277. Personalmitteilungen. S. 278.

Sicherheitspolizei und SD

Dienstkleidung der SD-Angehörigen.

RdErl. des RSHA. vom 1. 9. 1942

— II C 2⁵/10 Nr. 8553/42 —

Verwaltungsanordnung Nr. 55.

I. Bekleidungsvorschrift für den SD des RFW.

1. Dienstkleidung.

(1) Die hauptamtlichen SD-Angehörigen sind verpflichtet, im Dienst Dienstkleidung zu tragen. Sie ist im Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen u. Mähren und Generalgouvernement über die Kleiderkasse-W zu bezahlen. Während des Einsatzes des SD als Verstärkung der Sicherheitspolizei außerhalb des Reichsgebietes wird reichseigene Dienstkleidung unentgeltlich geliefert.

(2) Die Dienstkleidung ist die feldgraue W-Uniform nach dem Schnitt für die Sicherheitspolizei. Auf dem linken Ärmel wird die SD-Raute getragen. Die W-Führer tragen Schulterstücke der Sicherheitspolizei mit schwarzer Unterlage und polizeigrünem Vorstoß, die W-Unterführer und -Männer Schulterstücke der Sicherheitspolizei auf grüner Unterlage.

2. Ausstattung mit Dienstkleidung.

Zur Dienstkleidung im Sinne dieser Vorschriften gehören die in der Anlage A aufgeführten Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke. Soweit bei besonderer Verwendung weitere Sonderbekleidungs- und Ausrüstungsstücke (Pelzbekleidung, Tornister, Brotbeutel, Feldflasche, Trinkbecher usw.) erforderlich sind, werden sie unentgeltlich zur Verfügung gestellt; eine Eigentumsänderung tritt nicht ein.

3. Beschaffungspreise.

Der Beschaffungspreis ergibt sich aus der Anlage A. Hierzu wird ein Verwaltungskostenzuschlag von 5 v. H. erhoben.

4. Bezahlung der Dienstkleidung.

SD-Angehörige, die von den SD-Dienststellen Dienstkleidung erhalten, können sie über die Kleiderkasse-W bezahlen, bis der Reichsschatzmeister der

NSDAP. die in Aussicht gestellten Bestimmungen über die Gewährung von Dienstkleidungszuschüssen erläßt.

5. Versetzung und Kredittilgungsübersicht.

Bei Versetzungen ist die Kredittilgungsübersicht der SD-Angehörigen an die neue SD-Dienststelle zu überweisen. Bei Abordnungen (Kommandierungen) verbleibt die Kredittilgungsübersicht bei der besoldenden Dienststelle.

6. Instandsetzung.

Die Instandsetzungsarbeiten an der in Anlage A aufgeführten Dienstkleidung müssen die Angehörigen des SD selbst ausführen lassen. Die Rechnungen sind aus eigenen Mitteln zu bezahlen.

7. Ausscheiden aus dem Dienst.

Beim Ausscheiden aus dem Dienst müssen sämtliche Dienstkleidungsstücke sofort an die zuständige SD-Dienststelle abgeliefert werden. Soweit die Dienstkleidungsstücke bereits in das Eigentum übergegangen sind, wird der Tragewert erstattet. Bei gleichzeitigem Ausscheiden aus der Kleiderkasse-W sind bestehende Kleiderschulden von den Dienstbezügen sofort einzubehalten.

8. Bekleidungsvorschriften.

Für den Bestandsnachweis und die Kleiderverwaltung bei den SD-Dienststellen gilt die Bekleidungsvorschrift: W-Dienstvorschrift Nr. 17 für die Schutzstaffeln der NSDAP., soweit in dieser Verwaltungsanordnung nichts anderes bestimmt ist.

II. Belieferung der SD-Dienststellen im Reichsgebiet mit Dienstkleidung.

9. Allgemein.

Die Dienstkleidung nach Anlage A für Angehörige des SD bei den Dienststellen im Reichsgebiet einschl. Protektorat Böhmen u. Mähren und Generalgouvernement wird zur Vereinfachung der Verwaltung mit Wirkung vom 1. Juli 1942 durch die Beschaffungsstelle

der Sicherheitspolizei geliefert. Die Lieferung erfolgt grundsätzlich nur an die Verwaltung des SD im RSHA. und die SD-Inspektionen. An einzelne Angehörige des SD wird von der Beschaffungsstelle der Sich.Pol. Dienstkleidung nicht abgegeben. Nach dem Inkrafttreten dieser Verwaltungsanordnung können Bezugscheine zur Beschaffung von Dienstkleidung nur noch in besonderen Ausnahmefällen ausgestellt werden.

10. Bedarfsanmeldung.

Die Verwaltung des SD im RSHA. (Ref. II C 10) teilt zum 1. 1. und 1. 7. j. d. Jahres dem Ref. II C 2 im RSHA. die Personalstärken — getrennt nach $\mathbb{H}$ -Führern, -Unterführern und Männern — des SD im RSHA. und der SD-Inspektionen mit. Die Sicherheitspolizei fordert auf Grund dieses Stärkenachweises den Rohstoffbedarf für die Bekleidung und Ausrüstung des SD beim $\mathbb{H}$ -Wirtschafts-Verwaltungshauptamt an. Sobald die Rohstoffkontingente vom Reichswirtschaftsminister endgültig festgesetzt sind, werden sie — umgerechnet nach Art und Zahl der Dienstkleidungsstücke — der Verwaltung des SD im RSHA. mitgeteilt. Diese verteilt die zugewiesenen Stücke nach eigenem Ermessen auf den SD im RSHA. und die SD-Inspektionen. Eine Abschrift dieses Verteilers ist dem Ref. II C 2 zu übermitteln. Die Verwaltung des SD im RSHA. und die SD-Inspektionen fordern auf Grund des Verteilers die Dienstkleidungsstücke — unter Angabe der erforderlichen Größen — unmittelbar beim Ref. II C 2 im RSHA. an.

11. Lieferung der Dienstkleidung.

Die Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke werden gegen Wertersatzung von der Beschaffungsstelle der Sicherheitspolizei, Berlin C 2, Burgstr. 26, unmittelbar an die Verwaltung des SD im RSHA. und die SD-Inspektionen geliefert. Die Versandkosten trägt die empfangende Dienststelle, die sie aus dem Sachetat bestreitet, ohne sie auf den einzelnen Empfänger der Dienstkleidung umzulegen.

12. Wertersatzung.

Der Sachwert für die gelieferten Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke zuzüglich 5 v. H. Verwaltungskostenzuschlag wird durch Forderungsnachweis der Beschaffungsstelle des RSHA. von den empfangenden Dienststellen erhoben. Der angeforderte Betrag ist unter Angabe des Aktenzeichens an die Kasse des Chefs der Sicherheitspolizei u. des SD — PS. Berlin Nr. 2386 — zu überweisen. Diese Ausgaben sind von der Verwaltung des SD im RSHA. und den SD-Inspektionen sofort aus dem Sachetat (Konto A 11) zu bezahlen, bei der Abgabe der Dienstkleidung an die Angehörigen des SD von diesen wieder einzuziehen und bei Konto A 11 zu vereinnahmen. (S. Abschn. I, Ziff. 4.)

III. Ausstattung der DS-Angehörigen beim Einsatz außerhalb des Reichsgebietes mit Dienstkleidung.

13. Allgemein.

Während des Einsatzes außerhalb der Reichsgrenzen (besetzte Nord-, West-, Ost- und Südostgebiete) wird den SD-Angehörigen die Dienstkleidung unentgeltlich aus den Beständen der Sicherheitspolizei zur Verfügung gestellt. Eine Wertersatzung ist nicht erforderlich, weil die SD-Angehörigen in diesen Gebieten für das Reich eingesetzt sind.

14. Dienstkleidung während des Einsatzes.

Die Ausstattung mit Dienstkleidung für den Einsatz erfolgt unmittelbar durch die Bekleidungslieferstelle Berlin oder eine andere Dienststelle der Sicherheitspolizei. Bei der Einkleidung für den Einsatz sind

alle Dienstkleidungsstücke mitzubringen, die nicht aus eigenen Mitteln beschafft worden sind. Für aus eigenen Mitteln beschaffte Dienstkleidung wird während des Einsatzes unentgeltlich Ersatz gestellt, wenn der Empfänger eine schriftliche Erklärung darüber vorlegt, daß er diese Stücke aus eigenen Mitteln oder als Mitglied der Kleiderkasse $\mathbb{H}$ selbst bezahlt hat. Während des Einsatzes wird eine Entschädigung für das Tragen eigener Dienstkleidung nicht gewährt. Nach Rückkehr vom Einsatz sind die reichs-eigenen Dienstkleidungsstücke an die besoldende SD-Dienststelle abzugeben, die sie an die Beschaffungsstelle der Sicherheitspolizei, Berlin C 2, Burgstr. 26, übersendet.

15. Bedarfsanmeldung und Lieferung.

Die Ausstattung der SD-Angehörigen mit Dienstkleidung erfolgt während des Einsatzes durch die Einsatzdienststellen der Sicherheitspolizei, denen die SD-Angehörigen wirtschaftlich zugeteilt sind. Sie haben die Dienstkleidung für SD-Angehörige aus ihren Beständen abzugeben; reichen die Bestände nicht aus, so ist der Bedarf beim RSHA. — Ref. II C 2 — anzufordern. Eine Trennung der Dienstkleidung für die Sicherheitspolizei und den SD ist weder bei der Anforderung noch bei der Bewirtschaftung notwendig. Die Angehörigen des SD sind im Einsatz hinsichtlich der Bekleidung und Ausrüstung wie Angehörige der Sicherheitspolizei zu behandeln.

16. Bestandsnachweis.

Den Nachweis für die Bekleidung und Ausrüstung des SD und sonstige Kontrollen während des Einsatzes führen die Verwaltungsstellen der Sicherheitspolizei.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 271.

Anlage A.

Ausrüstungsplan

für die Dienstkleidung der Angehörigen des SD des RF $\mathbb{H}$ im Reichsgebiet einschl. Protektorat Böhmen u. Mähren und Generalgouvernement.

Es sind zuständig für		Gegenstand	Einheitsbeschaffungspreis		Tragezeiten Jahre
Führer	Männer		Führer RM	Männer RM	
1	1	Dienstmütze.....	7,50	4,80	1/2
1	1	Wintermütze nach Art der Skimütze	5,—	5,—	2
1	1	Dienstrock.....	70,—	46,45	1 1/2
1	1	Stiefelhose.....	40,—	24,40	1 1/2
1	1	Tuchmantel.....	100,—	56,80	3
1	1	Wettermantel....	37,50	36,—	2 1/2
1	1	Drillichsommerrock	16,—	12,40	2
1	1	Drillichhose.....	12,—	12,—	2
2	2	Braunhemden....	5,—	5,—	1 1/2
1	1	Paar Dienststiefel.	35,—	25,—	1 1/2
1	—	Paar feldgraue Lederhandschuhe.	7,50	—	2
—	1	Paar Stoffhandschuhe.....	—	1,35	1 1/2
2	2	Binder für Braunhemden.....	1,40	1,40	1
1	1	Portepe.....	2,80	—	1 1/2
—	1	Säbeltrödel.....	—	1,40	1 1/2
(1)	1	(Leibriemen mit Schloß) und Tasche	4,50	5,05	10
1	1	Paar Stiefelsohlen mit Absatzflicken	2,05	2,05	1/2

Anm.: Bei Verkäufen und Verlusten sind 5 % Verwaltungskostenzuschlag zu erheben. Weitere Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke für den Einsatz werden unentgeltlich aus Reichsbeständen zur Verfügung gestellt.

Verbot von ausländischen Druckschriften.

RdErl. des RFH u. ChdDtPol. i. RMdI. vom 10. 9. 1942
— S IV C 3 Nr. 8605/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inland die Verbreitung der Schrift:

„Meditator-Weissagungen des Nostradamus“, Verlag Gaiser u. Haldimann, Basel, o. J.,

verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 273.

Verbot des Tragens des Degens.

RdErl. des RSHA. vom 11. 9. 1942
— I A 1 a Nr. 523/42 —

(1) Der Reichsführer- $\mathbb{H}$ hat für die Dauer des Krieges das Tragen des Degens für $\mathbb{H}$ -Führer und $\mathbb{H}$ -Unterführer in und außer Dienst verboten.

(2) Fahnenbegleiter, Ehrengelächte, Ehrenkompanien und Ehrenwachen sowie die dienstlich befohlenen Teilnehmer an Vereidigungen sind hiervon ausgenommen.

(3) Für weitere Ausnahmen behält sich der Reichsführer- $\mathbb{H}$ die Genehmigung von Fall zu Fall vor.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 273.

Bergpolizei.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 12. 9. 1942
— II A 2 Nr. 84/42-176 —

(1) Nachstehend gebe ich die gemeinsam mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister aufgestellte Dienst-anweisung über die Regelung des Verhältnisses der Bergpolizei zur Sicherheitspolizei bekannt:

1. Die Sicherheitspolizei (Geheime Staatspolizei) führt die Untersuchung bei Sabotagefällen und bei allen strafbaren Handlungen politischen Charakters (Hoch-, Landesverrats- und Sprengstoffsachen sowie sonstige strafbare Angriffe auf Partei und Staat).

2. Die Sicherheitspolizei (Kriminalpolizei) führt die Untersuchung aller sonstigen strafbaren Handlungen, die nicht mit dem technischen Betrieb des Bergbaus zusammenhängen, sowie die Untersuchung von Selbstmordfällen.

3. Soweit in den Fällen Ziff. 1 u. 2 bergbauliche Verhältnisse zur Erörterung kommen, beteiligt die Sicherheitspolizei die Bergbehörde.

4. In allen nicht unter Ziff. 1 u. 2 erwähnten Fällen obliegt der Bergbehörde die Untersuchung. Die Sicherheitspolizei kann sich an der Untersuchung beteiligen. Bei allen tödlichen Unfällen und strafbaren Handlungen erhält die Sicherheitspolizei gleichzeitig mit der Staatsanwaltschaft Abschrift der Verhandlungsniederschrift und des zugehörigen Gutachtens.

5. Jeder Unfall und jede strafbare Handlung im Bereich des Bergbaues wird unverzüglich der zuständigen Bergbehörde gemeldet. Diese benachrichtigt unverzüglich die zuständige Dienststelle der Sicherheitspolizei

a) bei Sabotagefällen und allen strafbaren Handlungen politischen Charakters (Hoch-, Landesverrats- und Sprengstoffsachen sowie sonstige strafbare Angriffe auf Partei und Staat),

b) bei Schadensfällen, wenn der Verdacht besteht, daß sie auf vorsätzliche Handlungen zurückzuführen sind,

c) bei Tod oder schwerer Verletzung einer oder mehrere Personen.

6. Eine im Gang befindliche Untersuchung ist an die andere Behörde abzugeben, sobald sich deren Zuständigkeit nach den vorstehenden Bestimmungen ergibt.

(2) Die Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD haben für ihren Bereich die näheren Einzelheiten der Zusammenarbeit nach den örtlichen Verhältnissen zu regeln. Insbesondere ist dabei im Benehmen mit den Bergbehörden zu bestimmen, an welche Dienststellen der Geh. Staatspolizei oder Kriminalpolizei die Mitteilungen nach Ziff. 5 der Dienst-anweisung zu richten sind. Von einer zentralen Regelung muß im Hinblick auf die verschiedenartigen örtlichen Verhältnisse abgesehen werden.

(3) Ich erwarte, daß die getroffene Regelung eine reibungslose Zusammenarbeit mit den Bergbehörden gewährleistet.

(4) Ein Verzeichnis der Bergbehörden und der zuständigen Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD ist in Anlage abgedruckt.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 273.

Anlage:

Verzeichnis der Bergbehörden und der zuständigen Inspektoren der Sicherheitspolizei u. des SD.

Bergbehörden	Inspektoren der Sich.- Pol. u. des SD
<u>O B A. Breslau</u>	<u>Breslau</u>
Bergreviere:	
Gleiwitz-Nord	} Breslau
Gleiwitz-Süd	
Beuthen-Nord	
Beuthen-Süd	
Waldenburg-Nord	
Waldenburg-Süd	
Görlitz	
Kattowitz-Nord	
Kattowitz-Süd	
Sosnowitz	
Königshütte	
Rybnik	
Karwin	
<u>O B A. Halle</u>	<u>Dresden</u>
Bergreviere:	
Frankfurt a. d. O.	} Berlin
Cottbus	
Senftenberg	
Halle (Saale)	} Dresden
Naumburg	
Zeitz	
Eisleben	} Braunschweig
Magdeburg	
<u>O B A. Clausthal</u>	<u>Braunschweig</u>
Bergreviere:	
Goslar-Süd	} Braunschweig
Goslar-Nord	
Hannover	
Celle	Hamburg
Schmalkalden	} Kassel
Kassel	

Bergbehörden	Inspekture der Sich.- Pol. u. des SD	Bergbehörden	Inspekture der Sich.- Pol. u. des SD.
<u>O B A. Dortmund</u>	<u>Düsseldorf</u>	<u>O B A. München</u>	<u>München</u>
Bergreviere:		Berginspektionen:	
Hamm	Düsseldorf	München	München
Lünen		Amberg	
Dortmund I		Bayreuth	
Dortmund II		Zweibrücken/Pfalz	Befehlsh. dSPudSD. Metz
Witten		<u>Braunschweigi-</u>	<u>Braunschweig</u>
Castrop-Rauxel		<u>sches Landes-</u>	
Herne		<u>bergamt</u>	
Recklinghausen I		Bergrevier	Braunschweig
Recklinghausen II		Braunschweig	
Gelsenkirchen		Hessische Obere	<u>Wiesbaden</u>
Bochum I		<u>Bergbehörde,</u>	
Bochum II		<u>Darmstadt</u>	
Werden		Hessische Bergmeisterei,	Wiesbaden
Essen I		Darmstadt	
Essen II		Schaumburg-Lip-	Staatspol. Leitst. Münster
Essen III		<u>pische Landesre-</u>	
Buer		<u>gierung in Bücke-</u>	(Insp. Düsseldorf)
Bottrop		<u>burg</u>	
Dinslaken-Oberhausen		Die Geschäfte des Berg-	Krim. Pol. Leitst.
Duisburg		revierbeamten werden	
Krefeld		vom Bergrevierbeam-	Hannover.
		ten in Hannover ne-	(Insp. Braunschweig)
		benamtlich wahrge-	
		nommen.	
<u>O B A. Bonn</u>	<u>Düsseldorf</u>	<u>O B A. für die Ost</u>	<u>Wien</u>
Bergreviere:		<u>mark, Wien</u>	
Sauerland	Düsseldorf	Bergämter:	
Siegen		Graz	Salzburg
Hellenthal		Leoben	
Dillenburg	Wiesbaden	Salzburg	
Weilburg/Lahn		Wien I	Wien
Diez	Düsseldorf	Klagenfurt	Salzburg
Neuenahr		Seibad Hall i. Tirol	
Köln-West	Wiesbaden	<u>O B A. Freiberg/Sa.</u>	<u>Dresden</u>
Köln-Ost		Bergämter:	
Koblenz-Wiesbaden	Düsseldorf	Dresden	Dresden
Koblenz		Leipzig	
Aachen-Süd	Befehlshaber	Zwickau	München
Aachen-Nord		Stollberg	
	<u>dSPudSD. Metz</u>	Karlsbad	Dresden
		Komotau	
		Brüx	
		Teplitz-Schönau	
<u>O B A. Saarbrücken</u>		<u>Thüringisches</u>	<u>Kassel</u>
Bergämter:		<u>Wirtschaftsmini-</u>	
Saarbrücken-Mitte	Befehlsh. dSPudSD.	<u>sterium, Weimar</u>	
Saarbrücken-Ost		Bergämter:	
Saarbrücken-West		Dresden	Kassel
Metz		Leipzig	
Diedenhofen		Zwickau	
Forbach/Lothr.		Stollberg	
<u>Reichsstatthal-</u>		Karlsbad	München
<u>ter in Braun-</u>		Komotau	
<u>schweig u. Anhalt</u>		Brüx	Dresden
<u>— Landesregie-</u>		Teplitz-Schönau	
<u>— rung Anhalt —</u>		<u>Thüringisches</u>	
Bergrevier Dessau		<u>Wirtschaftsmini-</u>	
		<u>sterium, Weimar</u>	
<u>O B A. Karlsruhe</u>	<u>Inspekteur dSP-</u>	Bergämter:	
Bergämter:	<u>udSD. Stuttgart</u>	Saalfeld	Kassel
Freiburg i. Br.	Insp. dSPudSD. Stutt-	Altenburg	
Karlsruhe i. B.		Weimar	
Mülhausen i. Elsaß	Befehlsh. dSPudSD.	<u>O B A. Stuttgart</u>	<u>Stuttgart</u>
	Straßburg	Bergamt Stuttgart	Stuttgart

Beurteilung von Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD,
die sich im auswärtigen Einsatz befinden.

RdErl. des RFH u. ChdD t. Pol. i. RmDl. vom 16. 9. 1942
— I A 1 d Nr. 679/42-352-5 —

(1) Der unter schweren Bedingungen vor sich gehende Einsatz der Sich.Pol. u. des SD in den besetzten Gebieten erfordert einen einwandfreien Nachweis über Tätigkeit und Bewährung eines jeden Mannes während der Zeit seines Einsatzes. Jeder in diesen Gebieten eingesetzte Angehörige der Sich.Pol. u. des SD ist daher nach Aufhebung seiner Abordnung zu beurteilen (Muster s. Anlage 1). Zweck der Beurteilung ist die Vermittlung eines möglichst umfassenden Gesamteindrucks über den soldatischen, politisch-weltanschaulichen und fachlichen Einsatz des Mannes.

(2) Soweit Angehörige der Sich.Pol. u. des SD an Kampfhandlungen zusammen mit der kämpfenden Truppe teilgenommen haben, sind hierfür hiefür die vom Oberkommando der Wehr im Heeresverordnungsblatt vom 11. 3. 1942 und 1942 veröffentlichten amtlichen Schlacht- und Gefechtsbezeichnungen maßgebend. Weitere Schlacht- und Gefechtsbezeichnungen werden nach Veröffentlichung im „Befehlsblatt“ bekanntgegeben werden. Teilungen mit diesen Angaben sind von den Chefs Einsatzgruppen persönlich zu zeichnen. Ge- Anlage 2 ist Bestätigung von dem zuständigen Wehrmachtsteil erforderlich.

(3) Unter der Teilnahme an Bandenkämpfen ist Teilnahme mit der Waffe zu verstehen. Aus- und Erkundungstätigkeit fällt unter die politische Tätigkeit, soweit nicht in besonders guten Fällen auch diese Tätigkeit als „Teilnahme mit Waffe“ zu werten ist.

(4) Besonderes Augenmerk ist auf die Beurteilung hinsichtlich der politisch-weltanschaulichen Haltung des Mannes zu richten. Es bedarf keiner Erwähnung, daß vornehmlich jeder im Osten eingesetzte Mann von Recht und Sinn unseres Kampfes überzeugt ist. Es kommt jedoch darauf an, welche Folgerungen er hieraus zieht. Es bedarf daher eines gewissen Einfühlungsvermögens seitens des beurteilenden Führers, erkennen, ob der Mann jene Haltung zeigt, die erforderlich ist, um die gewonnenen Räume künftig zu halten.

(5) Die Beurteilung ist nach Aufhebung der Abordnung über den zuständigen Inspekteur an die Wehrmachtsdienststelle zu senden. Durchschlag ist an das — Ref. I A 1 — zu geben.

(6) Von den bis zum 1. 10. 1942 aus dem Osten aus dem Balkan zurückkehrenden Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD reicht die Heimatdienststelle zum 15. 10. 1942 vorbereitete Vordrucke gemäß Anlage 1 an das RSHA. — Ref. I A 1 — zur Weiterleitung an die Einsatzgruppe ein.

(7) Absatz (4) des RdErl. vom 9. 4. 1942 — S I A 1 a Nr. 314/41 — (Befehlsbl. S. 103) und der Erl. vom 31. 8. 1940 — I C (a) I Nr. 78/40 g — sind damit anstandslos geworden.

Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 275.

Seite 1

Beurteilung

Personalnummer: Pol. Dienstgrad:

Vorname:

Heimatdienststelle:

Ordnet zur:

bis:

Teilnahme an Kampfhandlungen zusammen mit der kämpfenden Truppe (Heeresverordnungsblatt vom 11. 3. und 27. 8. 1942):

Teilnahme an Bandenkämpfen:

Fachliche Leistungen:

Politisch-weltanschauliche Haltung:

Strafen:

Im Einsatz verliehene Orden und Ehrenzeichen:

Anlage 2

253. Eintragungen von Schlacht- und Gefechtsbezeichnungen.

Eintragungen von Schlacht- und Gefechtsbezeichnungen in Karteimittel der Wehrmacht und Personalnachweise dürfen für Soldaten und Wehrmachtbeamte nur durch Wehrmachtsdienststellen vorgenommen werden. Nicht zur Wehrmacht gehörige Organisationen, die für ihre Angehörigen Eintragungen von Schlacht- und Gefechtsbezeichnungen in ihre Personalpapiere vorzunehmen beabsichtigen, haben vorher bei dem Wehrmachtsteil, dem sie unterstellt sind oder in dessen Bereich sie eingesetzt sind bzw. dem O.K.W. anzufragen, für welchen Personenkreis und für welche Zeit derartige Eintragungen vorgenommen werden sollen.

Die Festlegung des Personenkreises und Zeitraumes für die Eintragungen kann von den Wehrmachtsteilen den jeweiligen militärischen Vorgesetzten mit mindestens den Befugnissen eines kommandierenden Generals innerhalb ihrer Befehlsbereiche übertragen werden.

Diese Eintragungen müssen zur Wahrung der Einheitlichkeit den von den Wehrmachtsteilen bekanntgegebenen Bezeichnungen entsprechen und außerdem die Wehrmachtsdienststelle enthalten, die diese Eintragung genehmigt hat. Die Bezeichnungen können bei der Dienststelle bzw. dem Truppenteil, dem die betreffenden Organisationen unterstellt sind, festgestellt werden.

Eintragungen für die Gefolgschaftsmitglieder der Wehrmacht und das Wehrmachtsgesolge dürfen nur in deren Personalpapieren und nicht in deren Karteimitteln vorgenommen werden.

O.K.W., 4. 3. 42

— 433/42 — AWA/W Allg (II c).

Bekanntgegeben.

O.K.H. (Chr-H Rüst u. BdE), 13. 3. 42

2791/42 AHA/Ag E (III c)
7352/42 H(V)

Anerkennung.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 18. 9. 1942

— I A 1 b Nr. 373/42 —

Der Kommandeur einer Gruppe der Wehrmacht hat den Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD der Einsatzgruppe A — Sonderkommando 1b —, die an dem erfolgreichen Unternehmen gegen den Feindstützpunkt Gorochowje am 1. 8. 1942 beteiligt waren, seine Anerkennung ausgesprochen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 276.

Kürzung von Bezugsabschnitten der 3. Reichskleiderkarte für Uniformträger der Sich.Pol. u. des SD.

RdErl. des RFwChdDtPol. i. RMdI. vom 19. 9. 1942

— S II C 2⁵ Nr. 8346/41 —

(1) Die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD haben bisher die Dienstkleidung ohne Anrechnung auf die Bezugsabschnitte der Reichskleiderkarte erhalten. Die Versorgungslage auf dem Spinnstoffgebiet zwingt jedoch dazu, auch von solchen Uniformträgern eine Anzahl von Bezugsabschnitten der Reichskleiderkarte einzubehalten, die von öffentlichen Bedarfsträgern teilweise mit Dienstkleidung versorgt werden. Bei der Waffen- $\mathbb{H}$ und der Ordnungspolizei ist die Kürzung der Bezugsabschnitte bereits erfolgt. Da die Uniformträger der Sich.Pol. u. des SD ihren Dienst auch in Zivilkleidung ausüben und bei ihrem Einsatz in den besetzten Gebieten besondere Verhältnisse vorliegen, wird die Kürzung der Bezugsabschnitte auf der 3. Reichskleiderkarte für die Uniformträger der Sich.Pol. u. des SD auf 20 Bezugsabschnitte beschränkt.

(2) Im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister bestimme ich auf Grund der VO. über die Verbrauchsregelung für Spinnstoffwaren in der Fassung vom 11. 10. 1941 (RGBl. I S. 630), daß alle Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD, die aus dienstlichem Anlaß reichs- oder parteieigene $\mathbb{H}$ -Dienstkleidung (auch teilweise) tragen oder als Selbsteinkleider ihre $\mathbb{H}$ -Uniform für den Dienstgebrauch von einem öffentlichen Bedarfsträger ohne oder gegen Bezahlung erhalten haben, 20 Bezugsabschnitte von der 3. Reichskleiderkarte abzugeben haben. Als öffentliche Bedarfsträger gelten alle Dienststellen der Sich.Pol. u. der $\mathbb{H}$ (auch die $\mathbb{H}$ -Kleiderkasse), die vom Reichswirtschaftsminister Spinnstoffe zur Verwendung für den öffentlichen Bedarf zugewiesen erhalten.

(3) Die hiervon betroffenen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD, die bereits die 3. Reichskleiderkarte mit 120 Bezugsabschnitten besitzen, haben bis zum 25. 10. 1942 ohne besondere Aufforderung ihre 3. Reichskleiderkarte zur Abtrennung der Bezugsabschnitte bei der Dienststelle vorzulegen, die ihre Besoldung zahlt. Sofern der Karteninhaber sich nicht bei dieser Dienststelle befindet, sondern zu einer anderen Dienststelle oder zum Einsatz abgeordnet ist, hat er die Reichskleiderkarte an die für ihn zuständige Dienststelle zu übersenden oder sie durch Angehörige dort vorlegen zu lassen.

(4) Angehörige der Sich.Pol. u. des SD, die aus Anlaß eines Einsatzes mit Dienstkleidung ausgestattet worden sind und diese bei der Rückkehr in das Reichsgebiet behalten haben, sind ebenfalls zur Abgabe von 20 Bezugsabschnitten verpflichtet. Die Abgabe entfällt, wenn die empfangene Bekleidung und Ausrüstung sofort vollzählig bei der Dienststelle abgegeben wird. Über die Abgabe ist eine Bescheinigung zu erteilen. Die abgegebene Bekleidung und Ausrüstung ist bei den Dienststellen zu lagern und gelegentlich wieder zu verwenden.

(5) Für die Einziehung der Bezugsabschnitte bestimme ich folgendes:

I. Die Bezugsabschnitte sind grundsätzlich von der Dienststelle abzutrennen, die die Dienstbezüge zahlt. Die Durchführung ist dem Sachbearbeiter für Bekleidung und Ausrüstung zu übertragen. Bei der Abtrennung sind die Bezugsabschnitte möglichst gleichmäßig auf die noch vorhandenen Fälligkeitstermine zu verteilen. Die Abtrennung der Bezugsabschnitte durch den einzelnen Verbraucher wird hiermit ausdrücklich untersagt.

II. Die zuständige Dienststelle führt auf Grund der vorgelegten Reichskleiderkarten eine Nachweisung mit folgenden Spalten:

1. lfd. Nr.
2. Dienstgrad
3. Vor- und Zuname
4. Wohnort und Anschrift
5. Nr. der Reichskleiderkarte
6. Kartenausgabestelle (Wirtschaftsamt) Versorgungswohnsitzes
7. Zahl der abgegebenen Bezugsabschnitte

III. Am 25. 10. 1942 ist an Hand der Gehaltsliste zustellen, ob sämtliche Uniformträger ihre Reichskleiderkarte zur Abtrennung der Bezugsabschnitte vorgelegt haben. Die säumigen Karteninhaber dann durch Formblatt aufzufordern, die Reichskleiderkarte unverzüglich vorzulegen. Da in der Regel die Reichskleiderkarten der zum E. abgeordneten verheirateten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD von der Ehefrau verwahrt wird, empfiehlt es sich, vor der Annahme wegen Abgabe der Reichskleiderkarte mit Ehefrau Verbindung aufzunehmen.

IV. Die abgetrennten Bezugsabschnitte sind am 1. 12. 1942 unverzüglich an Hand von Auszügen aus vorbezeichneten Nachweisung an die zuständige Kartenausgabestelle (Wirtschaftsamt) abzugeben. In diesen Auszügen sind zu Kontrollzwecken für diejenigen Karteninhaber die Spalten auszufüllen, die ihre Bezugsabschnitte noch nicht abgegeben haben. Eine Zweitschrift dieser Auszüge ist als Empfangsbestätigung zu verwenden und bei den Akten sorgfältig aufzubewahren. (6) Über die Durchführung dieses Erlasses ist am 1. 12. 1942 von den Heimatdienststellen richten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt

Beihilfengrundsätze.

RdErl. des RSHA. vom 19. 9. 1942

— I A 6 Nr. 961/42 —

(1) Nach dem RdErl. des Reichsmin. d. Fin. vom 25. 6. 1942 — A 5200-297 IV — (RBB. S. 157) ist Erleichterung der Handhabung der Beihilfengrundsätze eine zusammenfassende Neubearbeitung erfolgt, die als Sonderausgabe vom Verlag des Reichshaushalts- u. Besoldungsblattes, Trowitzsch & Sohn in Berlin, zu beziehen ist.

(2) Die Dienststellen haben die Beihilfengrundsätze den Gefolgschaftsmitgliedern, auf welche Anwendung finden, in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen.

(3) Als Nachweis darüber, daß die Bekanntmachung der Beihilfengrundsätze erfolgt ist, sind zu den Personalakten des in Abs. (4) genannten Personenk. Erklärungen nach dem in der Anlage enthaltene Muster zu nehmen. Eine weitere Ausfertigung ist Gefolgschaftsmitgliedern auszuhändigen.

(4) Im Reichssicherheitshauptamt gehen die Dienststellen der Ämter das hierauf Befehl und treffen Vorsorge, daß die Erklärungen den zuständigen Personaldienststellen zugeleitet werden.

(5) Bei Neueinstellungen ist entsprechend zu verfahren.

An die Kassenanschlagsstellen

der Geh. Staatspolizei (Kap. 14 a).

— Befehlsblatt S. 276.

Anlage:

(Dienststelle)

(Ort und Datum)

Erklärung

Ich habe von den neugefaßten Beihilfengrundsätzen Kenntnis erhalten. Insbesondere bin ich darauf hingewiesen, daß

- a) bei Heilstättenbehandlung die Anerkennung der Beihilfefähigkeit durch die Festsetzungsstelle unter Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses vor Beginn der Heilstättenbehandlung eingeholt werden muß (Nr. 4, Abs. 3, Buchstabe c BGr.),
- b) bei Inanspruchnahme eines Facharztes die vorherige Zustimmung der Festsetzungsstelle einzuholen ist (Nr. 4, Abs. 4 BGr.),

c) bei Badekuren vor Beginn der Kur eine ärztliche Untersuchung notwendig ist und die Beihilfefähigkeit vor Beginn der Kur beantragt und durch die Festsetzungsstelle anerkannt werden muß (Nr. 7, Abs. 1 BGr.),

d) Aufwendungen für Zahnersatz (Kronen, Stütz-zähne, Platten und Brücken) nur beihilfefähig sind, wenn vor Beginn der Ausführung die Festsetzungsstelle die Beihilfefähigkeit anerkannt hat (Nr. 8, Abs. 1 BGr.),

e) Beihilfeanträge zu den Aufwendungen für kieferorthopädische Behandlung, für Beseitigung von Kiefermißbildungen oder für Behandlung einer ausgedehnten Parodontose vor Beginn der Behandlung bei der Festsetzungsstelle zu stellen sind (Nr. 9, Abs. 1 u. 3 BGr.).

(Unterschrift)

(Amtsbezeichnung)

SD-Angelegenheiten

Verwaltungsvereinfachung;

hier: Darlehensanträge an die Spargemeinschaft-#.

RdErl. des RSHA. vom 15. 9. 1942

— I A 6 Nr. 938/42 —

Zur Vereinfachung des bisherigen Geschäfts-ganges legen die Inspektoren (Befehlshaber) der 1. u. des SD die Anträge auf Gewährung eines Darlehens oder auf Auszahlung der Sparbeträge unmittelbar der Spargemeinschaft-# in Berlin in einer Ausfertigung vor. Sie führen auch den hiermit verbundenen Schriftwechsel in eigener Zuständigkeit.

(2) Für die Anträge von Angehörigen des RSHA. verbleibt es bei der bisherigen Regelung.

(3) Es wird darauf hingewiesen, daß diese Vereinfachungsmaßnahme eine eingehende Bearbeitung der Anträge durch die Dienststellen im Reich erfordert, wenn hierdurch tatsächlich eine Entlastung erreicht werden soll. Die Formulare müssen sorgfältig ausgefüllt und in der Befürwortung die Gründe zum Ausdruck gebracht sein, aus welchen die Genehmigung erforderlich erscheint. Im anderen Falle ist die Spargemeinschaft-# gezwungen, die Gesuche unerledigt zurückzugeben.

An die SD-Dienststellen.

— Befehlsblatt S. 277.

Verschiedenes

Berichtigung

Verzeichnis der Kriminalpolizei(leit)stellen.

6 (Stettin): Chef: z. Zt. abgeordnet. — Leiter: Krim.Rat Erich Kroll; Wohnung: Stettin, Wilhelm-Str. 13, Pens. Graun; Anruf dienstl.: 35 231, Hausanschl. 8413, privat: 27 657.

8 (Schwerin): Leiter: z. Zt. abgeordnet. — Vize: #-Hauptsturmführer Krim.Komm. Gustav Lentopf; Wohnung: Arsenalstr. 19; Anruf dienstl.: 5051, Nebenanschl. 347, privat: 5051, Nebenanschl. 366.

(Frankfurt a. d. Oder): Gem.Krim.Pol. Stadtmauer 4; Anruf: 669 (Wohlfahrts-)

Breslau): Chef: z. Zt. unbesetzt.

Troppau): Chef: auftragsw. reg. Vizepräs. Dr. Schönberg; Wohnung: Dr.-Dittmer-Str. 1; Anruf dienstl.: 66 u. 82, privat: 411 u. 82. Regierung Troppau. — Leiter: Krim. Rat Juretzki; Wohnung: Engelsberg-Str. 1; Anruf dienstl. u. privat: 66 u. 82.

Wettowitz): In Spalt

neu eintragen

Gemeinde-
marktplatz-

Seite 24 (Zwickau): streichen: Werdauer Str. 62, dafür setzen: Bahnhofstr. 2.

Krim.Abt. Plauen: Chef: Pol.Präs. Dr. Uhlig; Anruf: 4343, Hausapp. 150.

Seite 26 (Karlsbad): Gem.Krim.Pol. Eger: Anruf 104. Gem.Krim.Pol. Falkenau: Adolf-Hitler-Str. 39; Anruf am Tage: 370, nachts: 49.

Seite 28 (Magdeburg): Leiter: #-Sturmabführer Krim.Dir. Adolf Schulz-Lenhardt; Wohnung: Roonstr. 3; Anruf privat: 42 841, Nebenstelle 326.

Seite 34 (München): Leiter: Mit der Leitung beauftragt: #-Sturmabführer Reg.u.Krim.Rat Dr. Pokorny.

Seite 36 (Nürnberg): Leiter: Anruf privat: 24 714.

Seite 39 (Stuttgart): Leiter: #-Sturmabführer Ob.Reg.u.Krim.Rat Paul Elsner.

Seite 41 (Karlsruhe): Krim.Abt. Mannheim: Leiter: Krim.Dir. Gustav Urbschat.

Krim.Abt. Freiburg: Chef: Pol.Präs. Otto Henninger.

Krim.Abt. Heidelberg: Chef: Stellv. Pol.Dir. Reg.Rat Eiermann. — Leiter: Krim.Komm. Otto Dürr.

Krim.Abt. Offenburg: Leiter: Krim.Ob.Sekr. Markus Schäfer.

Seite 43 (Ludwigshafen): Krim.Abt. Zweibrücken: Anruf: 12 u. 42.

Oberführer Pol.Präs.
Otto von Proeck; Wohnung: „Hotel Schirmer“,
Friedr.-Wilh.-Pl. 5; Anruf dienstl.: 350 41—350 48,
privat: 313 96.

Krim.Abt. Hanau: Leiter: Krim.Komm. Hermann
Roedel; Wohnung: Kastanienallee 48; Anruf
dienst. u. privat: 4056.

Seite 49 (Köln): In Spalte „Zugehörige Krim.Abt.“
ist Koblenz und in Spalte „Zugehörige Gem.Krim.
Pol.“ ist Trier zu streichen. — In die Spalte „Zu-
gehörige KP-Stellen“ sind neu einzutragen Koblenz
u. Trier.

Als Seite 50 a ist neu einzutragen: Kriminalpolizei-
stelle Koblenz, Kaiser-Wilhelm-Ring 47—51; — Pol-
funk. Chef: Pol.Präs. August Wetter; Wohnung:
Simmerenstr. 50; Anruf dienstl.: 2321, privat: 2321.
— Leiter: #-Untersturmführer Krim.Rat Maisch.

Als Seite 50 b ist neu einzutragen: Kriminalpolizei-
stelle Trier. Leiter: #-Hauptsturmführer Krim.Rat
Zillmann. (Nähere Angaben folgen.)

Seite 54 (Essen): Krim.Abt. **Oberhausen:** Leiter:
Wohnung: Admiral-Scheer-Str. 38; Anruf privat:
24 221, Nebenst. 280.

Krim.Abt. Duisburg: Chef: NSKK-Oberführer Pol.
Präs. Willi Förster; Wohnung: Hotel „Duis-
burger Hof“; Anruf dienstl.: 26 301, Nebenruf 8210,
privat: 34 581 (Hotel).

Seite 55 (Dortmund): Chef: #-Brigadeführer Pol.
Präs. Georg Altner.

Seite 66 (Kiel): Leiter: #-Sturmabführer K.
Dir. Otto Krüger-Thiemer.
Krim.Abt. Lübeck: Leiter: #-Hauptsturmführer
Krim.Rat Schluß.

Seite 68 (Wien): Leiter: #-Standartenführer R.
Krim.Dir. Hans Kaphengst; Wohnung: V.
XVIII/110, Riglergasse 13/4, Anruf privat: R 53.
Krim.Abt. St. Pölten: Leiter: z. Zt. abgeordnet.
In Spalte „Zugeh. Gem.Krim.Pol.“ sind neu ein-
zutragen:

Krems a. d. Donau, Otto-Planetta-Pl. 2; Anruf:
Baden b. Wien, Adolf-Hitler-Pl. 1; Anruf: 1946.
Neunkirchen, Adolf-Hitler-Pl. 1; Anruf: 9, 29, 30.
Lundenburg, Adolf-Hitler-Pl. 9; Anruf: 52.

Seite 72 (Innsbruck): Leiter: Wohnung: Innsbruck
Igls, Habichtstr. 117; Anruf privat: 883.

Seite 75 (Danzig): Leiter: Wohnung: Danzig, B.
„Continental“.

Krim.Abt. Elbing: m. d. Leitung beauftr.: Krim.
Arndt; Wohnung: Königsberger Str. 36 b. Gr.
Krim.Abt. Gotenhafen: Chef: kom.Pol.Präs. #-O-
sturmführer Dr. Müller; Wohnung: Gne-
naustr. 7; Anruf dienstl.: 29 21, privat: 27 23.

Seite 76 (Bromberg): Chef: z. Zt. unbesetzt. — Le-
ter: Krim.Rat Viktor Korda; Wohnung: G.
mann-Göring-Str. 21.

Krim.Abt. Thorn: Chef: #-Standartenführer
Pol.Dir. Alf Graf; Wohnung: Nürnberger Str. 10.
Anruf dienstl. u. privat: 23 71/23 73.

(II A 1 b Nr. 2017 VII/41-158) — Befehlsblatt 1942 S.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Reg.Amtmann: die Reg.Ob.Inspektoren
Schlüter, Bunke u. Kube.

Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Befh. dSPudSD. f. d. Reichskommissariat
Ostland u. zum Beauftr. dChdSPudSD. beim Kom-
mandierenden General der Sich.Truppen u. Befh. des
Heeresgebiets Nord: #-Standartenführer Oberst der
Polizei Dr. Achamer-Pifrader (bisher Insp.
Wiesbaden).

#-Brigadeführer Gen.Maj. d. Pol. Jost ist von den
gleichen Dienstgeschäften entbunden worden.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Krim.Inspektor: #-Untersturmführer
Krim.Ob.Sekr. Andreas Müller (Linz).

Versetzt: Pol.Rat Friedrich (Kdr. Warschau) n.
Bremen;
die Krim.Kommissare Schönemann (Berlin) n.
Wien, Bramfeldt (RSHA.) n. Potsdam;
Pol.Insp. Hauerwaas (Kdr. Krakau) n. Hamburg
u. der apl. Pol.Insp. Hahn (Hamburg) zum Kdr.
Krakau.

SD.

Ernannt zu Hilfsreferenten im RSHA.-I (SD): die
#-Hauptsturmführer Emil Hausmann, Lothar
Fendler, Max Drexel, Richard Foltis,
Fritz Carstens und die #-Obersturmführer
Werner Thiem, Karl Peukert, Hans Pape
u. Wilhelm Koch;

die #-Untersturmführer Kurt Sartor zum Leiter
einer ASt. beim SD-LA. Breslau u. Karl Lapp zum
Leiter einer ASt. bei der SD-HASt. Karlsruhe.

Beauftragt: #-Sturmabführer Reg.Rat Eb-
Heinze mit der Führg. e. Ref. im RSHA.-II
Untersturmführer Helmut Krüger mit der
Führg. der SD-HASt. Breslau.

Versetzt: die #-Hauptsturmführer Dr. Georg
taloith zum SD-A. Graz, Dr. Borante Do-
laff zum SD-LA. Danzig, Martin Retzlaf
SD-A. Saarbrücken u. Günther Woller
SD-LA. Posen;
die #-Obersturmführer Karl Bommerich
SD-A. Litzmannstadt, Heinz Detering
RSHA.-VI, Werner Höncke zum S
Posen u. Kurt Nötenberg zum RSH
die #-Untersturmführer Heino Naumann
RSHA.-VI, Anton Nett zum Insp. Stuttgart
Aufhebg. seiner Kommandierung), R
Schmeda zum Insp. Danzig u. Friedrich
brecht zum SD-LA. Danzig.

Kommandiert: die #-Obersturmführer Hans Be-
zum SD-A. Halle, Heinrich Bonewitz zum
Krakau, Reinhold Führer zum SD-LA. D.
Wolfram Siegel zum SD-LA. Posen, Franz
kowiak zum SD-A. Litzmannstadt
Theiß zum SD-LA. Königsberg.

Im Wehrdienst oder im auswärtige Ein.

Ernannt zum 1. Assistenten: die ap-
stenten Friedrich Schröder (Staps)
Johan: Baldauf, Alois Eckmay-
Eckert, Alfred Fink, Hermann C.
Fritz Jacob, Günther Jaskoite
Kalmbach, Josef Scheißwohl L.
Jan, Bernh. Wössing u. Fran-
(sämtl. Stabsführer).